

NACHRICHTENMAGAZIN DER BONNER STUDENTENSCHAFT

AKUT

Nr. 191

19. Januar 1983

ES GEHT
UM EUER
GELD!

Wahlen zum
Studentenparlament

Universitätsbibliothek
Bonn

Hochschul-
angelegen-
heiten
nehmen
Stellung

Jugend-
protest?!
3 Gespräche

Nachlese
BAföG-
Demo in
Bonn

1748°
Mit ASTA-
Rechenschafts-
Bericht



BAföG-Demo in Bonn

Sauerkraut und Pfeifkonzert

wg — 50 000 Teilnehmer hatten die Veranstalter für die BAföG-Demonstration am 4. Dezember in Bonn gemeldet; wie viele es nun wirklich waren, die sich ihr Demonstrationsrecht auch von der beißenden Kälte nicht nehmen lassen wollten, bleibt ungewiß. Von 40 000 bis 50 000 sprach die Polizei, die Veranstalter wollten 90 000 bis 100 000 gezählt haben. Immerhin ist ein Superlativ schnell gefunden: Die „größte gemeinsame Demonstration von Schülern und Studenten in der Bundesrepublik“ soll es gewesen sein.

Das ist nicht so klangvoll wie „die größte“ die „schönste“, „die friedlichste“ oder was für Demos es auch sonst noch gegeben haben mag. Doch der Wert von Massenveranstaltungen dieser Art ist in „Fachkreisen“ inzwischen ohnehin umstritten. Die Publizität (und damit auch die Wirkungen auf die Öffentlichkeit, um die es ja letzten Endes geht) ist nicht mehr die gleiche wie noch vor einem Jahr, besonders wenn es sich um ein Thema handelt, dem der größere Teil der Bevölkerung ablehnend gegenübersteht. Kleine, gezielte Aktionen, möglichst originell verpackt, schlägt der GEW-Funktionär, mit dem ich die Demonstration beobachte, als Alternative vor.

Mit dieser Einschätzung dürfte er wohl richtig liegen.

Denn erstens prägen sich solche Aktionen einer nicht ganz so anonymen Öffentlichkeit (wie der an den Bildschirmen) besser ein, und zweitens können die Teilnehmer besser mit der nötigen Information und mit einem Mindestmaß an Argumenten versorgt werden. Das persönliche Gespräch ist glücklicherweise immer noch überzeugender als der heimische Fernsehbildschirm. Doch ist die Zeit der Groß-Demonstrationen sicher trotz allem nicht abgelaufen.

Als sich der Zug in Bewegung setzt, kommt Stimmung auf. Mit markigen Sprüchen halten sich die Teilnehmer warm: „Macht den Kohl zu Sauerkraut, wenn er uns das BAföG klaut!“ So oder in abgewandelter Version, zwei Stunden lang. Einigen

war das wohl zu simpel, sie schufen die intellektuellere Fassung: „Wer uns, wie Kohl, das BAföG klaut, den machen wir zu Sauerkraut!“ — das schmackhafte Kohl-Produkt in stilistisch hübscherer Verpackung.

Friedlich ziehen die Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet den Rhein entlang, keine Steine, keine Schlägereien. Mein Begleiter zeigt sich verständlicherweise erleichtert. Als wir zum Hofgarten kommen, begegnen wir Demonstranten, die es wohl mehr zu Weihnachtseinkäufen in die Innenstadt zieht als zur Abschlußkundgebung. Auf der Hofgartenwiese ist die Stimmung dann nach wie vor gut. Solange, bis die Stichwörter „SPD“ und „sozialliberale Koalition“ fallen; das ist die Stunde Null für kleine, wohlorganisierte Gruppchen, die von nun an mit Hupen, Megaphon, gellenden Pfiffen und Geschrei über die Zuteilung von Beifall oder Mißfallen entscheiden.

In dieser Form hatte man bei den Organisatoren der Kundgebung damit wohl doch nicht gerechnet. Martin Böttger und Michael Weber von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften beschwören das gemeinsame Anliegen, die Notwendigkeit von Widerstand auf breiter Basis, also gemeinsam mit der SPD. Wieder Pfiffe, Protestgeschrei: „Sozialdemokraten haben uns verraten!“ Einige wenige arbeiten hier denen in die Hände, die die Demo als „Klassenkampfspektakel“ abqualifiziert haben. Die große Mehrheit kann sich gegen die gut ausgerüsteten Störer zunehmend weniger durchsetzen.

Nervös tuschelt der prominenteste Redner dieser Veranstaltung, der ehemalige Bil-

dungsminister und Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, mit Vertretern der Veranstalter. Etwas verunsichert tritt er an das Mikrofon und beginnt mit seiner Rede: Da erreichen Sprechchöre und Pfeifkonzert einen ohrenbetäubenden Lärmpegel. Sichtlich erregt redet von Dohnanyi beschwörend ins Mikrofon, weicht von seinem Konzept ab. Wütend und mit geballter Faust verlangt er, man solle ihn doch reden lassen, ihn, der für das BAföG gekämpft und zu seiner Einführung beigetragen habe. Aber nach drei Minuten merkt er, daß er keine Chance hat, sich durchzusetzen. Resigniert überschlägt er ein paar Seiten und kommt zum Schluß. Erst, als er das Mikrofon einem VDSler überläßt, ebbt der Lärm etwas ab. Funktionäre der Veranstalter reden beruhigend auf ihn ein; fassungslos schüttelt er den Kopf über den mißlungenen Auftritt. Ein Auftritt, von CDU und CSU als „beschämendes Schauspiel“ bezeichnet und von Demo-Teilnehmern dann in der Tat zu einem solchen dagadriert, quittiert mit Piffen und Protestgeschrei.

Keine drei Wochen später dürfte ihn das allerdings nicht mehr sonderlich berühren; Dohnanyis grandioser Wahlsieg in Hamburg, von ihm in dieser Höhe auch nicht erwartet, stellt die Schnellebigkeit des politischen Geschehens eindrucksvoll unter Beweis.

AKUT

Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft

Herausgeber:
Das Studentenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Redaktion:
Jörg C. Dietzel (verantwortlicher Chefredakteur) (Die)
Frank Bonaldo (bon)
Christoph Brügel (CvD) (CB)
Ute Lenz (ule)

Mitarbeiter: Josef Tutsch (Tu), Waltraud Ritscher (WR), Klaus Wingen (wg).
Fotos: Thore Rudzki, Bernd Hölzenbein, Klaus-Heinrich Dedring

Redaktion und Anzeigenverwaltung: Nassestraße 11, 5300 Bonn 1, Tel.: (0228) 73 70 40

Auflage: 12 000

Herstellung:
HVZ-Druck, Bad Honnef

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Verantwortlich für den AStA-Rechenschaftsbericht, S. 8-15:
Christian A. Barath, AStA-Öffentlichkeitsreferent

Aus dem Inhalt:

Leserbriefe	Seite 4
Gruppen zur SP-Wahl	Seite 5
Enquete-Kommission Jugendprotest	Seite 6-7
AStA-Rechenschaftsbericht	Seite 8-15
„Kampf gegen RCDS“ gescheitert	Seite 16
30.1.33	Seite 17
Aus dem SP	Seite 18
AKUT oder AKUT?	Seite 19

SP-Wahl 25.—28. 1. 83

Wissenswertes über SP-Wahlen

WER?

Wahlberechtigt ist jeder an der Universität Bonn immatrikulierte Student gegen Vorlage seines Studentenausweises (wer den verloren hat, kann sich im Sekretariat eine Zweitkarte ausstellen lassen). Allerdings machten im letzten Jahr nur 40 % aller Bonner Studenten von ihrem Wahlrecht Gebrauch...

WANN UND WO?

Vom 25. bis zum 28. Januar stehen Wahlurnen in den Gebäuden der Universität (oder gehen auch als „Wanderurnen“), geöffnet im allgemeinen von morgens bis zum späten Nachmittag. Am letzten Wahltag, dem Freitag, ist die Urne in der Mensa Nassestraße bis 20 Uhr offen. Danach: Rien ne va plus! Ausgezählt wird dann im 1. Stock der Mensa.

WIE?

Jeder Student hat eine Stimme; er kann also nur einen Kandidaten ankreuzen und wählt damit gleichzeitig die Hochschulgruppe, auf deren Liste dieser Kandidat steht. (Kandidaten, die in der Wahlzeitung angegeben, aber aufgrund ihrer Platzierung auf dem Wahlzettel nicht ausgedruckt sind, können da nachgetragen und angekreuzt werden). Die Gruppen erhalten Sitze im Studentenparlament gemäß der Zahl der Stimmen, die für alle ihre Kandidaten zusammen abgegeben worden sind; innerhalb der Listen entscheidet die Stimmenzahl der Kandidaten (also nicht deren Platzierung) über die Reihenfolge.

WAS?

Das Studentenparlament mit seinen 51 Mitgliedern ist das oberste beschlußfassende Organ der Studentenschaft. Es entscheidet über den Studentenschaftshaushalt — ca. 1 250 000 DM im Jahr — und wählt mit Mehrheit den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) als ausführendes und den Ältestenrat als streitschlichtendes Organ, daneben noch den Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „AKUT“.

WOHER UND WOHIN?

Die letzten SP-Wahlen im Januar 1982 brachten eine Niederlage für die damalige AStA-Koalition:

LUST	7 Sitze
SHB	6 Sitze
Juso-HSG	5 Sitze
GAG	3 Sitze
MSB Spartakus	2 Sitze
LHV	1 Sitz
zusammen	24 Sitze

Die Oppositionsgruppen erreichten eine Mehrheit an Stimmen wie an Sitzen:

RCDS	16 Sitze
Liberale Aktion	7 Sitze
SLH	4 Sitze
zusammen	27 Sitze

Versuche des SLH, die Hochschulgruppen von Jungsozialisten, Jungdemokraten und Grün-Alternativen aus dem Bündnis mit dem MSB Spartakus herauszulösen, scheiterten an unüberbrückbaren Gegensätzen im Demokratieverständnis. So amtiert seitdem im AStA eine Koalition von RCDS, Liberale Aktion und SLH.

an, während die Jungdemokraten im „Liberalen Hochschulverband (LHV)“ ihre Gruppe haben. (dieser letztere übrigens auch im Bund mit dem MSB Spartakus). Grün-Alternativen Strömungen schließlich sind die „Liste unabhängiger Studenten (LUST)“ und die „Grüne Alternative Gruppe (GAG)“ zuzurechnen. — Aufschluß über die Vorstellungen der Gruppen und Kandidaten geben (hoffentlich) deren Selbstdarstellungen in der offiziellen Wahlzeitung sowie die Flugblätter, Wahlmagazine und Kandidatenreden.

Aufruf zur Wahl

Vom 25. — 28. Januar 1983 finden an der Bonner Universität Wahlen zum 5. Bonner Studentenparlament statt.

In einer Zeit, in der Sparpläne einerseits und Vermassung andererseits die Hochschule bedrohen, ist eine wirksame Vertretung studentischer Sachinteressen, die sich auf die Mehrheit der Studenten stützen kann, notwendiger denn je.

Der Rektor ruft deshalb alle Bonner Studenten auf, sich an dieser Wahl zu beteiligen und mit ihrer Stimme zu einer Stärkung der studentischen Selbstverwaltung beizutragen.

W. Gesch

Rektor

WEN?

Zur Wahl stehen 232 Kandidaten auf 9 Listen, die übrigens mit dem aus den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland gewohnten politischen Spektrum nur schwer vergleichbar sind: So wird ein Anhänger der CDU deren Entsprechung an der Hochschule im „Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)“ sehen (wenn auch dessen bildungspolitische Konzepte sich nichtdurchweg mit denen jener Partei decken), er mag aber auch in etlichen Kandidaten des unabhängigen Wahlbündnisses „Liberalen Aktion“ politisch verwandte finden. Sympathisanten der SPD haben Mitglieder ihrer Partei sowohl in der „Jungsozialisten-Hochschulgruppe“ und im „Sozialistischen Hochschulbund (SHB)“ vor sich (beide Organisationen stehen übrigens im festen Dauerbündnis mit der Gruppe der DKP, dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“), als auch im „Sozialliberalen Hochschulverband (SLH)“ und wiederum in der „Liberalen Aktion“. Der F.D.P. gehören einige Kandidaten von „Liberaler Aktion“ und „Sozialliberalem Hochschulverband“

WARUM UND WOZU?

Zunächst einmal, obwohl die Organe der Verfaßten Studentenschaft nur allzuoft den Anschein erwecken, mehr mit sich selbst beschäftigt zu sein als mit den Problemen der Studenten. (Wer die Szene an anderen Universitäten kennt, weiß aber, daß Bonn sich durchaus sehen lassen kann, sowohl was die Wahlbeteiligung angeht als auch von der Arbeit der Studentenschaftsorgane und den parlamentarischen Umgangsformen her.) Jedoch gilt auch in der Studentenschaft, daß nicht etwa Politik den Charakter verdrißt — vielmehr verderben schlechte Charaktere und schlechte Konzeptionen die Politik.

Mit Theodor Heuss zu sprechen: Dann wählt mal schön!

Josef Tutsch



Diesmal kein ...

Seleitartikel

Die vor Euch liegende Ausgabe enthält diesmal kein „geleitartikel“. Grund dafür ist, daß ich für's Studentenparlament kandidiere und deshalb in dieser AKUT auf ein „geleitartikel“ verzichte, um niemanden etwa in seiner Wahlentscheidung zu beeinflussen.

Jörg Dietzel
Chefredakteur

Bonner Uni:

Studenten „rekord“

Eine neue Rekordmarke erreicht die Zahl der Studierenden der Bonner Universität im laufenden Wintersemester. Nach der vorläufigen Studentenstatistik, die von der Abteilung für Statistik und Datenverarbeitung herausgegeben wird, stieg die Zahl der Immatrikulierten auf 38 016, das sind ca. 1 300 Studenten mehr als im Vergleichszeitraum 1981/82. Etwa 5 500 Studierende wurden neu immatrikuliert. Rein statistisch gesehen haben seit dem letzten Wintersemester ca. 4 200 Studenten die Bonner Universität verlassen, sei es nach dem Examen, wegen Studienabbruch oder durch Wechsel auf eine andere Universität.

Viele Juristen

Den größten Zuwachs an Erstsemestern verzeichnet der juristische Studiengang mit 665 Erstsemestern. Die Gesamtzahl der in Bonn studierenden Rechtswissenschaftler beträgt nunmehr 5 555. Allerdings wurde die Zahl der Neuimmatrikulierungen gegenüber dem Vorjahr um etwa 90 unterschritten.

Fast 50 v. H. Frauen

Knapp die Hälfte aller Studierenden in Bonn sind Frauen. Mit 17 412 Einschreibungen sind die Studentinnen ihren männlichen Kommilitonen hart auf den Fersen. Leicht gesunken ist die Zahl der ausländischen Studenten. Von den 1 444 Ausländern aus allen Teilen der Welt sind 612 Studenten weiblichen Geschlechts. Der größte Anteil der Ausländer wird vom europäischen Ausland gestellt. Aus Asien kommen immerhin noch 375, aus Nordamerika und Lateinamerika zusammen 210.

(Uni-Pressestelle, D. Carr)

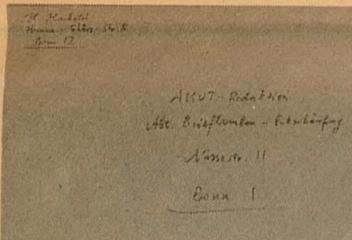
Liebe Kommilitonen!

Daß die BAfÖG-Streichung keinem Studenten schmeckt, ist ja einzusehen. Aber Jens Stöhr steht nicht alleine, wenn er diese Streichung für tragbar hält! Mir will eigentlich nicht in den Kopf, daß die in AKUT abgedruckten Stellungnahmen der verschiedenen Gruppen alles enthalten, nur nicht den leitesten Hinweis darauf, daß wir vielleicht das Konto unserer Gesellschaft überzogen haben und der Egoismus vieler Studenten zu einer ungerechten Verteilung des BAfÖG geführt haben. Das ist doch zur Zeit das Problem unseres Staates: Jeder denkt nur an sich: Die Gewerkschaften, die Beamten, die Studenten und viele mehr. Wir sollten lieber darüber nachdenken, wie wir von diesem Egoismus fortkommen, als unser wahres Gesicht zu zeigen, indem wir für eine Erhöhung des BAfÖG plädieren!

Euer
stud. phil. Thomas Schirrmacher

Lieber Jörg Dietzel,
die Eigenwerbung für den AStA-Laden in Ehren – der Inhalt stimmt nur teilweise. Beispiele: Locher: AStA-Laden ab 6 DM, Hertie: 1,95 DM (aus Ostasien, siehe Rückseite), Heftmaschine über 3 DM, Woolworth 2,50 DM (aus Ostasien).

Gruß
Hertha Haubold
Hermann-Ehlers-Str. 8
5300 Bonn 12



Betreff: Platzvergeudung
Bezug: No. 189, p. 18: Thomas Stenzel „Wer kann den Frauen helfen?“

Motto: „Davon verstehe ich ja doch nichts“ STENZEL

Lieber Jörg Dietzel,
wzu diese stilistisch wie qualitativ erbärmliche Rezension der Lila Lotta? An Artikeln und Ansichten derselben kann in der Tat eine Menge Kritik geübt werden – fundierter, konstruktiver Kritik, von einem Menschen (gleich welchen Geschlechts), der sich in der Materie auskannte. Mit seinem Geschreibsel enthüllt Th. Stenzel nichts über LL, aber Bände über seine Vorurteile, Verklemmtheiten, Ignoranz. Schade um die dreiviertel Seite!

Gruß
Herta Haubold

P.S. Gratuliere: jetzt wird die AKUT immerhin schon in der ZEIT-Redaktion gelesen (No. 50/1982)!

Liebe Kommilitonen, liebe Redaktion!

Euer Artikel im letzten AKUT über Parknöte der Autositzer (S. 16) hat mich geärgert. Eine Aufhebung der Halteverbote würde doch zu nichts führen, weil so und so alles vollsteht und jeder parkt, wo er will. Ich finde es gut, daß die Stadt versucht, für Fußgänger und Fahrräder, Lieferwagen und Kindern etwas Platz freizuhalten. Da ich z. B. in der Nähe der Mensa Nassestraße wohne, komme ich oft mit meinem Fahrrad gar nicht ins Haus und für Fußgänger ist der Bürgersteig längst nicht mehr gedacht. Muß denn jeder Student mit dem Auto zum Essen fahren. Spart euch doch die Ökologievor-

Deshalb auch der Rat an die Stadt: Noch mehr Radwege und noch weniger zugeparkte Bürgersteige, damit die Stadt noch mehr Lebens-Qualität erhält.

Und den Kommilitonen sei empfohlen, wieder auf das gute alte Fahrrad umzusteigen. Dann entfallen auch die „Park- und Geldnöte“. Und umweltfreundlicher ist es allemal.

Mit fahrradfreundlichen Grüßen

Joachim Brammer
Jagdweg 39
5300 Bonn 1

Die Verhältnisse des Radfahrers in der Nord-Südachse kann ich weniger beurteilen als die in der West-Ostachse, sprich

AKUT Leserbriefe

Wir freuen uns über jeden Leserbrief. Aus Platzgründen müssen wir uns jedoch vorbehalten, Leserbriefe evtl. zu kürzen.

Die Red.

der Strecke Kaiserplatz – Poppelsdorfer Allee – Clemens-August-Straße.

Hier stehen dem Radfahrer sowohl Teile des Fußweges in der Poppelsdorfer Allee und der Clemens-August-Straße zur Verfügung, in ersterer entspricht der Platz dem für die Autos. Was aber geschieht zum Hohn aller anderen Verkehrsteilnehmer? Die Radfahrer sind nun überall, auf der Straße und auf dem Fußweg. In der Poppelsdorfer Allee müssen Autofahrer oft die ganze Strecke bis zum alten chemischen Institut hinter sich wahrlich Platz nehmenden Radfahrern herfahren. In der Clemens-August-Straße ab der Apotheke bleibt den Fußgängern oft nur noch ein rascher Sprung, um sich dort vor den auf den Fußweg – meist mit erheblicher Geschwindigkeit – auffahrenden Radlern zu retten.

Man sollte doch etwas mehr Rücksicht – auch als Radfahrer – aufeinander nehmen und weniger nach der Devise handeln, hoppla jetzt sind wir dran, wir haben lange genug gewartet.

PD Dr.-Ing. A. Rieser

Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kultertechnik, RFWU, Bonn

Sehr geehrte Redaktion!

Das ist ja wohl die Höhe! Ich glaube, den Damen und Herren Radfahrern ist die kühle Herbstluft nicht gut bekommen. Was bilden sich diese Leute eigentlich ein, zu behaupten, Autofahrer würden nur soweit denken, wie ihre Nasenspitze reicht?

Ich kann nur jedem, der solch einen Unsinn schreibt, empfehlen, einmal mit dem Auto z.B. durch die Bonner Nußallee zu fahren und dabei

zu beobachten, wie verkehrswidrig und teilweise sogar verkehrsgefährdend sich Radfahrer verhalten. Wer zu dritt nebeneinander fährt, links abbiegende Autos auch noch links überholt, abbiegt ohne den nachfolgenden Verkehr zu beachten oder sogar blindlings vom Bürgersteig auf die Fahrbahn fährt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er im Krankenhaus landet. Bei diesen Beispielen handelt es sich nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein ständig zu beobachtendes Verhalten.

Als ich vor zwei Monaten mein Studium aufgenommen habe, bin ich mit einer neutralen bis positiven Einstellung gegenüber Radfahrern nach Bonn gekommen. Nach den Erlebnissen der letzten Zeit jedoch hat sich dieses grundlegend geändert, und ich bin nicht mehr bereit, mich diesen Leuten gegenüber partnerschaftlich zu verhalten.

Mein Rat an alle Radfahrer: Kehrt erst mal vor Eurer Tür, bevor Ihr Euch über die Autofahrer beschwert!!

Andreas Esser
Postfach 100 240
5270 Gummersbach 1

Liberale Aktion am Fachbereich Jura

Die Liberale Aktion kann auf nunmehr bald 13 Jahre erfolgreicher Arbeit in der Fachschaft Jura zurückblicken. Und wir haben in dieser Zeit sehr viel erreicht.

So wurden in der Vergangenheit die Preise durch Aktionen des FSR gesenkt, die Bonner Bildungsinitiative e.V. gegründet (unabhängig vom Fachschaftsrat, aber vom damaligen initiiert), durch den Besuch des Bundespräsidenten die bundesweite Aufmerksamkeit auf die Probleme der Jurastudenten gezogen, das Bonner Hochschulforum gegründet, zu Zeiten des linken AStA die dort fehlende Zimmervermittlung durch den Fachschaftsrat weitergeführt, etliche Broschüren zur Information und Hilfe der Studenten verfaßt u.a.m.

Auch in dieser Amtsperiode kann die Liberale Aktion auf ein erfolgreiches halbes Jahr zurückblicken:

Unter starker Mitwirkung der Liberalen Aktion konnte die Umgestaltung der Cafeteria im Juridicum im Sinne der Studenten durchgesetzt werden, wurden die Bonner Juristentage vom 11.1.–13.1.1983 organisiert und konnte eine gut besuchte und Anklang findende Podiumsdiskussion zum Art. 68 GG (Vertrauensfrage) durchgeführt werden.

Aber auch unsere eigene Leistungsbilanz kann sich sehen lassen: Neben dem üblichen Serviceangebot, hier insbesondere das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und das Erstsemesterinfo, konzentrierte sich die Arbeit unserer Fachschaftler auf das Erstsemester und den Hochschulbereich.

Die Erstsemesterarbeit wurde vor allem durch eine stärkere Einbindung der Tutores verbessert. Die schon lange vor Semesterbeginn begonnene Studienberatung und die Erstsemesterinführungsveranstaltung erleichterten vielen Studienanfängern den Start ins Studium, auch dies ein Verdienst der Arbeit der Liberalen Aktion im Fachschaftsrat!!

Einer der wichtigsten Themenbereiche für Jurastudenten, der in den letzten Jahren von den Fachschaften leider etwas vernachlässigt war, wurde durch einen Gesetzentwurf der ehemaligen SPD/FDP-Bund (Fortsetzung auf Seite 5)

SP-Wahl 25.—28. 1. 83

Wie geht's weiter? ... in SP und AStA?

Fragen zur Wahl an die Hochschulgruppen

Liberale Aktion

1. Was wird 1983/84 Euer Hauptanliegen für die Arbeit im SP/AStA sein?

Der Schwerpunkt der Arbeit im nächsten Jahr muß in der Sicherung eines sinnvollen Studiums liegen. Das bedeutet vor allem die Verhinderung der Umsetzung des Schwierplans. Weitere wesentliche Punkte werden die Diskussion um Studiengebühren und die Rücknahme der BAföG-Beschlüsse werden.

2. Welche innere Struktur favorisiert Ihr für einen neu zu bildenden AStA? („autonome Referate“?)

Wir halten die Einrichtung „autonomer Referate“ für unnötig und mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar. Sie dienen lediglich dazu, den Einfluß unrepräsentativer Minderheiten zu sichern, indem sie sich der demokratischen Kontrolle der Studentenschaft entziehen.

SLH

Sozialdemokraten
Freie Demokratie
Unabhängige SLH

1. Was wird 1983/84 Euer Hauptanliegen für die Arbeit im SP/AStA sein?

SP und AStA werden in diesem Jahr vor allem an den

(Fortsetzung von Seite 4)

desregierung im Sommer letzten Jahres brandaktuell: die Neuordnung der Juristenausbildung.

Die Liberale Aktion kurbelte die Diskussion hierüber mittels einer kürzlich erschienenen Dokumentation über die wichtigsten Modelle zur Ausbildungsreform in der Studentenschaft an. Höhepunkt der Auseinandersetzung mit diesem Thema wird in diesem Semester eine Podiumsdiskussion am 12. Januar sein, an der u.a. die Abgeordneten Bohl (CDU) und Schmude (SPD) teilnehmen.

Unsere Arbeit kann sich also sehen lassen. Ein Grund mehr, sich bei den kommenden SP-Wahlen mit den Inhalten und der Arbeit der Liberalen Aktion nicht nur in der Fachschaft, sondern auch im AStA, auseinanderzusetzen.

Georg Sönksen (LA)
stv. Fachschaftssprecher
Jura u. Hochschulreferent

Das große Ereignis im Januar an der Bonner Universität sind sicher die Wahlen zum 5. Bonner Studentenparlament vom 25. — 28. d.M.

Um seinen Lesern im Wust der Flugblätter, Wahlerklärungen, Programme usw. einen ungefähren Überblick zu geben, stellte AKUT zwei grundsätzliche Fragen an alle Hochschulgruppen. Hier sind ihre Antworten:

Problemen zu arbeiten haben, die sich für Forschung, Lehre und Studium aus dem Sparkurs der Regierungen ergeben; dabei muß Hochschulpolitik nach unserer Meinung immer im gesellschaftspolitischen Zusammenhang betrachtet werden. Daneben sollte sich der AStA mit dem AID-Referat weiterhin durch Information und Diskussion wie auch konkrete Hilfe um die Probleme benachteiligter und unterdrückter Gruppen bemühen;

2. Welche innere Struktur favorisiert Ihr für einen neu zu bildenden AStA? („autonome Referate“?)

„Autonome“ Referate, die auf „Vollversammlungen“ willkürlich ausgewählter und zusammen gesetzter Interessengruppen besetzt werden, widersprechen dem Prinzip demokratischer Repräsentation, indem sie das von der gesamten Studentenschaft durch Wahl legitimierte SP entmachten würden. Deshalb statt Frauen-, Ausländer-, Schwulenreferaten ein AStA-Referat für Probleme benachteiligter und unterdrückter Gruppen an der Hochschule, deshalb auch kein „Fachschaftsreferat“ im neuen AStA, das den Eindruck erweckt, die Autonomie der Fachschaften einschränken zu wollen.

JUNGSOZIALISTEN HOCHSCHUL GRUPPE



1. Was wird 1983/84 Euer Hauptanliegen für die Arbeit im SP/AStA sein?

Herzlichen Dank, daß die AKUT im Zuge der „geistig moralischen“, Erneuerung der BRD jeder Hochschulgruppe zwei Sätze zur Darstellung ihrer Politik überlassen hat.

2. Welche innere Struktur favorisiert Ihr für einen neu zu bildenden AStA? („autonome Referate“?)

Es mag ja sein, daß die

rechten AKUT tragenden Gruppen nicht mehr zu sagen haben, wir sehen uns nicht in der Lage unser Verständnis von Politik in zwei Sätzen auszudrücken und verweisen daher auf unser Wahlprogramm, das an unseren Büchertischen ausliegt und in den Menschen verteilt wird.

RCDS

1. Was wird 1983/84 Euer Hauptanliegen für die Arbeit im SP/AStA sein?

Hauptanliegen des RCDS wird auch in Zukunft die konkrete Sacharbeit für die studentischen Interessen sein. Dabei wird es vor allem darum gehen, unter schwierigen Bedingungen die finanzielle Austrocknung der Universitäten zu verhindern und die Studienbedingungen an der Hochschule ebenso wie im sozialen Bereich zu verbessern.

2. Welche innere Struktur favorisiert Ihr für einen neu zu bildenden AStA? („autonome Referate“?)

Der AStA ist verantwortlich für die Interessenvertretung der gesamten Studentenschaft. Dies gilt auch für die Arbeit der einzelnen Referate, die dementsprechend auch dem gewählten Studentenparlament Rechenschaft schuldig sind. Die derzeitige Struktur hat sich nach Auffassung der RCDS bewährt, die Einführung „autonomer Referate“, die sich auf mehr oder weniger willkürlich zusammengesetzte Versammlungen berufen und der Kontrolle durch das SP entzogen sind, ist nicht sinnvoll.

Grüne Alternative Gruppe (GAG)

1. Was wird 1983/84 Euer Hauptanliegen für die Arbeit im SP/AStA sein?

Gerade angesichts der sich

verschärfenden sozialen und ökologischen Krisen darf Hochschul-Politik nicht bei der isolierten Wahrnehmung studentischer Interessen stehenbleiben, sondern muß die Uni als Bestandteil der Gesellschaft sehen und auf diese zurückwirken. Wir setzen uns deshalb u.a. für eine verbesserte Aufklärung und Aktivierung der zukünftig unverhältnismäßig einflußreichen gesellschaftlichen Gruppe „Akademiker“ in den Überlebensfragen Umweltschutz, Friedenssicherung, internationale Beziehungen und Demokratisierung ein.

2. Welche innere Struktur favorisiert Ihr für einen neu zu bildenden AStA? („autonome Referate“?)

Basisdemokratie — Unmittelbarkeit und Gleichberechtigung der politischen Willensbildung — ist nur auf einem „niedrigen Organisationsniveau vor Ort“ zu verwirklichen. Deshalb für:

o Referate, die von den Betroffenen selbst verwaltet und gestaltet werden

o Stärkung der von Vollversammlungen der Fachbereichsstudenten kontrollierten Fachschaftsarbeit

o Abbau der persönlichen Macht von AKUT-Chef und AStA-Vorsitzendem (jeder Referent sollte im Rotationsprinzip eine Zeit lang diese Position übernehmen).

Die zwei Fragen zur Wahl stellten wir an die Gruppen, weil wir einerseits kein Abklatsch der Wahlzeitung sein wollen, andererseits aber meinen, unserer Informationspflicht nachkommen zu müssen. Der SHB, MSB, LUST und Ihv hielten es nicht für nötig, die Fragen zu beantworten. Vielleicht, weil sie nichts zu sagen haben? Dem Leser sei die Bewertung dieses Umstands selbst überlassen.
(—Die.)

Weil der Redaktionsschluß für diese AKUT vor dem Abgabeschluß für die Listen der Gruppen beim Wahlleiter lag, konnten wir in der Umfrage leider nur die Gruppen berücksichtigen, die schon im letzten Jahr kandidierten und von denen wir wissen, daß sie's diesmal wieder tun.

Was hilft's?

Die letzten Jahre waren gekennzeichnet von einem stetigen Anwachsen der Unzufriedenheit in der Jugend. Mehr und mehr Protestrufe wurden laut und immer wieder fand man neue Themen um dem aufgestauten Unmut ein Ventil zu bieten. Das Vertrauen der Jugend, wobei hier diejenigen gemeint sind, die ihren Protest äußern, in der Politik läßt mehr und mehr nach. Nur wenige bekennen sich zu den vorgegebenen Spielregeln in unserer Gesellschaft.

Um einer Lösung des Problems näher zu kommen und um einige Anregungen in die Arbeit aufzunehmen, hat der Bundestag eine Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ eingesetzt.

G. Schröder, MdB, SPD:

„Wir haben Vorschläge gemacht – nur die haben sie nicht angenommen“

Wie entstand eigentlich die Idee zu einer Enquete-Kommission Jugendprotest und wie sehen sie die Chancen, in dieser Form überhaupt etwas zu leisten?

Die Idee stammt von Jochen Vogel, der durch seine Erfahrungen in Berlin natürlich neugierig geworden war auf Hintergründe und Ursachen des Jugendprotests. Vorurteile und weit verbreitete Unwissenheit sollten abgebaut werden. Der Grund, warum ich da 'reingegangen bin, ist, um die Kommission als solche etwas aufgeschlossener zu machen, um aufzuzeigen, daß Protest erstmal etwas Positives ist.

Wie ging man nun vor?

Da kann man vier Phasen nennen: 1. Beschreibung: Was ist das eigentlich, Jugendprotest? 2. welche Ursachen hat er? 3. welche Zusammenhänge bestehen zwischen Protest und staatlicher Reaktion darauf? und 4. welche Lösungen gibt es?

Nun ist ja gerade Protest heute ein weites Feld. Kann man da von dem Jugendprotest reden?

Sicher nicht. Doch wenn die Formen auch unterschiedlich sind, gibt es doch ähnliche Ursachen.

Welche?

Da würde ich vier unterscheiden: 1. die Bedrohung von Umwelt und die Hilflosigkeit der Politik, da 'was zu verändern 2. die Bedrohung von Frieden und das immer-wieder-Herbeten der alten Formeln, die Angst machen, 3. die Konfrontation mit der Arbeitslosigkeit, ganz schlimm gerade bei Jugendlichen und 4. die bürokratisierte Welt, die immer undurchschaubarer wird. Jugendliche fühlen sich fremdbestimmt, ohne Freiheit. All' das schafft Angst – und daraus entsteht Protest.

Als Änderung haben wir zum Beispiel die Abschaffung der Gewissensprüfung gefordert, denn in ihr machten Jugendliche lange die erste (negative) Erfahrung mit Staat. Wir haben gefordert, Autonomiewünsche der Jugendlichen ernst zu nehmen und mehr selbstverwaltete Jugendzentren zu schaffen. Doch für viele unserer Vorschläge gilt, frei nach Brecht: Wir haben Vorschläge gemacht, nur die haben sie nicht angenommen – die, die hier das Sagen haben. Da liegt

staatliche Reaktion auf Protest ändern, der Staat muß hier ab, nicht aufwiegen. Natürlich werden sich jetzt unter der neuen Regierung die ganzen Konflikte noch verschärfen, weil es da ein ganz anderes, autoritäres Verständnis von Staat gibt.

Sie schreiben im Zwischenbericht, daß Sie auch Erfahrungen „vor Ort“ gesammelt haben. Wie ging das vor sich?

Wir sind da nach Berlin gefahren und hatten ein Gespräch mit Hausbesetzern im besetzten „Kaffee Kopp“. Wir, das waren



Gerd Schröder im Gespräch mit AKUT-Chefredakteur Jörg Dietzel

auch das eigentliche Problem. Natürlich sind Veränderungen in allen Parteien notwendig, die Mängel gehen da quer durch. Allerdings muß ich sagen, daß das Maß an Bereitschaft, zuzuhören, in der SPD größer ist als in den konservativen Parteien. Das liegt aber sicher auch an der momentanen Situation der SPD.

Wie sehen Sie die Chancen der Kommission, überhaupt etwas zu verändern?

Die sind wohl eher indirekt. Was wir können, ist eventuell eine Bewußtseinsveränderung in die richtige Richtung erreichen, indem nämlich Protest als Element der Demokratie begriffen wird. Auch muß sich die

acht oder zehn Kollegen der Kommission und uns gegenüber saßen dann 60 – 80 Besetzer, von denen ein Teil gesprächsbereit war. Zuerst kam's natürlich nur zum Austausch von Vorurteilen, doch nach ca. einer Stunde, als die Presse weg war, wuchs die Möglichkeit, miteinander zu reden. Das Interesse der Betroffenen dort war: Tut ihr 'was dazu, daß Konfrontationen vermieden werden! Wir wollten das gerne tun, unter der Voraussetzung, daß die Bereitschaft zum miteinander-Reden auf beiden Seiten vorhanden ist. So'n bißchen verstanden wir uns als Anwalt der Redner und Schreier in Berlin. Dann haben

wir noch konkrete Projekte besichtigt, etwa das Thomas-Weißbecker-Haus in Berlin, einen Fußball-Fanclub in Gelsenkirchen, wir waren in der Pütz, um etwas über Jugendarbeitslosigkeit zu erfahren. Insgesamt war das 'ne gute Sache, denn Berührungsängste wurden abgebaut und wir haben alle 'was gelernt dabei. Vielleicht helfen diese Erfahrungen, die ganze Diskussion über Jugendprotest etwas liberaler zu führen.

(Das Gespräch führte Jörg Dietzel. Fotos: B. Höhnenbein)

Eimer, MdB, F.D.P.:

Was war das Ziel der Arbeit der Kommission?

Wir wollten untersuchen, welche Probleme es gibt, auch im Verhältnis Jugend – Gesellschaft. Eigenes Verhalten sollte dort, wo es zu ändern ist, verändert werden.

Wie hat man nun in der Kommission gearbeitet, was hat man konkret gemacht?

Wir haben uns recht häufig getroffen und Analysen versucht, Ursachen gesucht für den Protest. Diese sind meiner Meinung nach, daß wir politisch Andersdenkende oft nicht ernst nehmen, daß unsere Welt viel zu gut geregelt ist. Ein Jugendlicher hat mir gesagt: „In dieser Welt ist alles geregelt und verwaltet, wir stoßen überall gegen die Wand. Der einzige Freiraum ist nur noch der Tod.“ Das stimmt mich schon nachdenklich und hier müssen, so denke ich, viele Mißstände beseitigt werden.

Welche Materialien und Hilfsmittel standen Ihnen für Ihre Untersuchung zur Verfügung?

Einmal gab es da den Bericht der eidgenössischen Kommission, die von uns selbst in Auftrag gegebene Prognos-Studie, den Farthmann-Bericht und nicht zuletzt die Unterstützung durch unsere Sachverständigen. Für die F.D.P. war das Pfarrer Seeger.

Was war Ihre persönliche Motivation zur Mitarbeit und wo sehen Sie die Chancen der Kommission?

Ich sehe hier eine große Chance zur Veränderung. Wir müssen lernen, daß Jugendpolitik nicht nur Sache der Jugendpolitiker sein darf. Ich nehme da immer ein Bild: Ein Jugendlicher ist jemand, der gerade vom Kinderzimmer ins Wohnzimmer geht und im Türrahmen steht. Niemand schaut sich den Türrahmen an, sondern er schaut ins Wohnzimmer, was

vor ihm liegt. Also sind auch alle Kollegen gefordert, sich hier — innerhalb ihres Fachbereiches — etwas mehr um die Forderungen und Perspektiven der Jugendlichen zu kümmern.

Gibt es das überhaupt, die Jugend? Und wenn nicht, wie kann man dann zu irgendwelchen allgemeingültigen Aussagen kommen?

Natürlich gibt es nicht die Jugend, auch der Protest hat sicher viele Ursachen. Worauf es aber aus liberaler Sicht ankommt, ist, daß wir den Jugendlichen kein Ideal geben, dem sie nachzurennen sollen, sondern daß wir die Politik öffnen, Freiräume schaffen, daß sie die Welt

bunden werden. Hier muß eine Umorientierung unseres Bewußtseins stattfinden, die unsere Gesellschaft in allen ihren Teilbereichen wieder durchschaubar macht. Arbeit muß wieder erfahrbar sein, der Einzelne muß das Produkt seiner Arbeit wieder vor sich sehen, wenn er motiviert bleiben soll.

Wie einig war man sich in der Kommission eigentlich? Gab es oft Fragen, in denen keine Einigung erzielt werden konnte? Wenn ja, wo zum Beispiel?

In der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Beispiel hatten wir Differenzen mit der SPD, deren Rezept eine gleichmäßige Verteilung der



wurf zu kommen, den die neue Bundesregierung vorlegt, damit eben aus diesem Vorschlag politische Wirklichkeit wird. Und um weiter nur mal einen Punkt zu nehmen, der in der großen Politik nicht mal als so wichtig gilt, wir haben Vorschläge gemacht, zur Situation der Jugendvertreter in Betrieben, wo wir gesagt haben, hebt die Altersgrenze für die Wahlmöglichkeit an, weil es heute so ist, daß viele Jugendlichen erst mit 17, 18 Jahren die Ausbildung beginnen, zum Teil schon gar nicht mehr in die Wahlgrenze reinfallen, so daß die Jugendvertretungen in den letzten Jahren systematisch schwächer geworden sind, was das Anliegen Jugendlicher im Betrieb natürlich schlechter vertreten läßt.

akut: Wir haben eine neue Regierung, die sich aus Liberalen und Konservativen zusammensetzt. Kann diese Regierung ein Stück der Wünsche der Jugendlichen verwirklichen, oder wird sie sich auf Grund der Sachzwänge dem verschließen müssen?

Wissmann: Politik darf sich nicht auf die Verwaltung des Status Quo konzentrieren. Politik muß praktisch Tagesprobleme lösen, aber sie muß eine längerfristige Perspektive haben. Wenn man keine längerfristige Perspektive hat, hat man kein Ziel, nachdem man sich orientieren kann. Ich bin da recht zuversichtlich, weil ich den Eindruck habe, daß neben den Dingen, die jetzt beispielsweise im Notprogramm zur Wirtschaftspolitik gemacht werden,

„... daß jeder so leben kann, wie er gerne will“

selbst gestalten können, daß jeder eben so leben kann, wie er es gerne will. Wenn eine Gesellschaft schlecht ist, und man kann sie nicht verändern, ist das deprimierend. Doch genauso deprimierend ist es, wenn eine gute Gesellschaft unveränderbar ist.

Können Sie einige konkrete Beispiele nennen für Änderungen, die die Kommission vorschlägt?

Da ist zum Beispiel die Sache mit der Kriegsdienstverweigerung. Dann müssen wir Freiräume öffnen auch für andere, alternative Lebens- und Produktionsgemeinschaften; Arbeit und Leben muß wieder ver-

Arbeit sowie Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist. Wir Liberalen glauben, daß im Gegen teil ein Berg an Arbeit da ist und wir es uns nicht leisten können, etwa die Lebensarbeitszeit zu verkürzen. Die Ursachen für Arbeitslosigkeit liegen woanders. Nicht: Wachstum schafft Arbeit — ich halt' das für'n Schmarren — sondern: Unserer Hände Arbeit schafft erst Wachstum. Schwierigkeiten mit der CDU/CSU hatten wir in der Frage der Kriegsdienstverweigerung. Schließlich haben wir uns doch — mehrheitlich — geeinigt und die Abschaffung der Gewissensprüfung gefordert. Viele Probleme gerade zwischen

den Parteien entstehen doch erst durch die Profilierungssucht mancher Politiker, die dann von der Presse noch aufgebauscht wird. In Wirklichkeit verlaufen die Meinungen zum Glück oft quer durch die Fraktionen. Im großen und ganzen war die Zusammenarbeit in der Kommission sehr gut und sehr sachlich. Ich hoffe jetzt natürlich auf eine große Resonanz, besonders bei den Kollegen. Jugendprotest darf nicht länger isoliert gesehen werden. Das Unbehagen an der Gesellschaft liegt tiefer als in der Friedens- oder Ökologiebewegung...

(Das Gespräch führte Jörg Dietzel, Fotos: B. Höhnenbein)

M. Wissmann, MdB CDU

Nicht über, sondern mit Jugendlichen reden

akut: Viel wurde in der letzten Zeit über den Vertrauensschwund der Jugend gegenüber der Politik gesprochen, kann die Arbeit der Kommission eine Brücke hin zu mehr Vertrauen schlagen?

Wissmann: Ich finde sie hat die Aufgabe, ich hoffe sie kann es leisten. Meiner Ansicht nach hat so eine Enquete-Kommission zwei Schwerpunktaufgaben, sie muß im politischen Raum für die Anliegen von Jugendlichen sensibilisieren helfen und sie muß umgekehrt durch konkrete Anregungen die praktische Politik werden, das Parlament glaubwürdiger machen gegenüber der jungen Generation. Das sehe ich als Schwerpunkt der Arbeit.

akut: Wie geht die Enquete-Kommission die Arbeit praktisch an?

Wissmann: Wir haben sieben Politiker und fünf Sachverständige in der Kommission, haben uns aber von Anfang an vorge-

nommen, nicht über Jugendliche zu reden, sondern soviel wie irgend möglich mit Jugendlichen und zwar mit denen, die sich im Protest engagieren, aber genauso auch mit Jugendlichen, die sich nicht protestierend für ihre Anliegen einsetzen. Wir waren in Berlin mehrere Tage auch in der alternativen Szene, wir haben hier weitgehend ohne Kameras und Mikrofone Gespräche geführt mit Jugendgruppen. Wir haben einen Besuch im Ruhrgebiet vorbereitet, um das Thema jugendlicher Arbeitsloser genauer vor Ort zu diskutieren und zu sehen. Wir haben die Arbeit auch als eine Vorortenkundung gesehen, die sich dann umsetzt, allerdings in konkrete Überlegungen und Vorschläge zur Politik.

akut: Konkrete Vorstellungen, ohne den Zwischenbericht erfragen zu wollen, würden uns einige Schwerpunkte der Ergebnisse interessieren.

Wissmann: Da haben wir einen

ganzem Katalog von Vorschlägen, Vorstellungen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ausgearbeitet, weil wir sagen, was nützen die schönen Politikerreden über Zukunftschancen, wenn die Chancen konkret in der Arbeitswelt und in der Akademischen Welt zunehmend fragwürdig werden. Ein weiterer Bereich, wir haben gesagt, wir müssen ein so brennendes Thema wie die Wehrrechtigkeit, das seit Jahren ungelöst ist, endlich einer Lösung führen. Wir haben als erste interfraktionelle Gruppe im Parlament den Vorschlag gemacht: Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer, weil wir glauben, daß Gewissen durch Kommissionen nicht überprüft werden kann. Dafür sollte es eine vernünftige Verlängerung der Zivildienstzeit, bei genügend bereitgestellten Ersatzdienstplätzen geben. Damit hoffen wir natürlich möglichst bald auch zu einem Gesetzent-



Kohl und andere sich bemühen, ein längerfristiges Konzept zu entwerfen. Da kommt beispielsweise diese ganze Grundvorstellung der Dezentralisierung unserer Gesellschaft, von den Voraussetzungen für mehr Geborgenheit, Mitmenschlichkeit und persönlicher Initiative in der Gesellschaft als Bedingung einer Zukunftsentwicklung ziemlich deutlich zum Ausdruck. Es kommt eben nur darauf an, daß in der Regierung und in den Politischen Parteien Grundsatzklärungen und Praxis nicht auseinanderfallen. Ich bin da ganz zuversichtlich, daß das gelingt, und daß man sich nicht vom Alltag verschlingen läßt.

(Das Gespräch führte Chr. Brügel.)

Der AStA-Rechenschaftsbericht 1982-1983

Grundsätze und Ziele der AStA-Arbeit

Nach einem Jahr ist es für den demokratischen AStA Zeit, die Bilanz seiner Arbeit vorzulegen. Die Arbeit des AStA steht im Zentrum aller Aktivitäten der studentischen Selbstverwaltung, die AStA-Arbeit ist es im wesentlichen, die jeder einzelne Student mit einem Teil seines Sozialbeitrages unterstützt, um den AStA geht es vorrangig, auch bei den Wahlen zum Studentenparlament und dem begleitenden Wahlkampf.

Vor den Studenten Rechenschaft abzulegen über die in den letzten beiden Semestern geleistete Arbeit ist das Ziel der folgenden Seiten. Vieles, was sich der AStA bei Amtseintritt vorgenommen hatte, konnte verwirklicht und umgesetzt werden, vieles wurde erreicht. Anderes muß noch gelöst werden. In jedem Fall aber kann der von den drei Hochschulgruppen RCDS, Liberale Aktion und SLH getragene AStA auf eine Reihe deutlicher Akzente verweisen, die in der Arbeit gesetzt wurden und zu einer beachtlichen Anzahl konkreter Erfolge zugunsten der Studenten führten.

Dabei waren die Voraussetzungen für den demokratischen AStA im Januar alles andere als günstig. Die von den Studenten abgeschmetterte kommunistisch geführte Linkskoalition hinterließ einen Berg ungeklärter Probleme, dafür aber umsoweniger finanzielle Mittel, hatte man sich doch aus dem Studentenschaftshaushalt stets recht großzügig bedient. Das Ansehen der Studenten war angesichts der Hausbesetzungen und militärischen Aktionen, die vom damaligen Links-AStA mitgetragen wurden, in der Öffentlichkeit so schlecht wie nie zuvor. Studentenparlament und AStA gebärdeten sich als Mini-UNO, die zu allem und jedem irgendwo in einem fernen Winkel des Erdballs Stellung nahm.

Seit einem Jahr gehört dieses verdrießliche Panorama der Vergangenheit an. Der Demokratische AStA setzte klare Prioritäten - zugunsten wichtiger studentischer Probleme wie Wohnungsnot und Mittelkürzungen. An die Stelle einer systemverändernden, auf revolutionäre Umwälzungen hinarbeitende Ideologie traten der Glaube an die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft und das Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie. Die Konsequenz war, Mißstände und Probleme nicht einfach als willkommenen Beleg für die angebliche Krise des kapitalistischen Systems zu brandmarken, sondern vielmehr auf ihre Lösung und Beseitigung hinzuarbeiten.

Die Beseitigung von Mißständen und Problemen bedeutet für die Studenten im Klartext nichts anderes als die konkrete Verbesserung der Studienbedingungen - innerhalb der Universität wie auch im sozialen Bereich. Es ist nur folgerichtig, daß die Verbesserung der Studienbedingungen das erste und vorrangige Hauptziel der AStA-Arbeit des vergangenen Jahres darstellte. Gerade auf diesem Gebiet gelang es der AStA-Koalition, durch eine hartnäckige Politik der sachlichen Argumentation, des zähen Verhandelns mit den politisch

Das Presse- und Öffentlichkeitsreferat

Die Aufgabe dieses Referates ist es, die Politik und Arbeit des AStA, die in diesem Jahr stark vom SLH geprägt war, nach innen und außen zu „verkaufen“; dabei bedeutet nach innen, die Studenten bzw. alle Universitätsangehörigen zu informieren, und nach außen bezeichnet die normale Pressearbeit, also das Informieren der Bevölkerung.

Innerhalb der Universität geschieht dies mit dem täglichen Flugblatt, den Wandzeitungen zu Aktionen und Veranstaltungen, Plakaten und anderen Publikationen. Dies ist bei fast 38 000 Studenten gar nicht so einfach. Da reicht das tägliche Flugblatt in der Mensa nicht mehr aus. Wir sind deshalb jeden vormittag vor die Hörsäle getreten und haben die Studenten „vor Ort“ informiert. Dazu versuchten wir, regelmäßig AStA-Büchertische in die Fakultäten zu bringen. Dort standen wir dann für Fragen zur Verfügung. Gerade der persönliche Kontakt ist wichtig; im Hörsaal kann man noch am besten die augenblickliche Lage einschätzen und verstehen. Auf der anderen Seite wurden mir zahlreiche Anregungen von Seiten der Studentenschaft gegeben, die leider in einem Jahr nicht umzusetzen sind.

Das Informieren der Bevölkerung läuft über die Bonner Zeitungen und über Bürgerinformationen; überregional interessante Themen gingen über die Bundespressekonferenz und über Rundfunk und Fernsehen sozusagen „in alle Welt“. Bei dieser Pressearbeit halfen gute Kontakte zu Journalisten und Redakteuren. Fast tägliche Pressemitteilungen und Telefonate hielten die Redaktionen über die Arbeit des AStA auf dem Laufenden. Gerade nach einem Jahr linken AStA mußten die Öffentlichkeit darüber informiert werden, daß es unter den Studenten auch andere gibt, die eben keine Häuser besetzen oder Fenster einschmeißen, denen ihr jetziges Leben gefällt und die nicht zu jener „No Bock of Future-Jugend“ gehören. Zu Gute kam dem Bonner AStA am Anfang seiner Arbeit, daß in Bonn der einzige demokratische AStA bestand (außer Med. Hochschule Hannover und neuerdings auch Aachen und Köln, wo kommunistisch beherrschte ASten gekippt werden konnten).

Ebenfalls zur Öffentlichkeitsarbeit gehörte die Organisation von Gesprächen mit

wichtigen Politikern, so unter anderem mit Bundespräsident Carstens, mit dem jetzigen Bundeskanzler Helmut Kohl, mit dem damaligen Staatssekretär im BMBW Granzow und dem Bonner Oberbürgermeister Daniels. Bei diesen Gesprächen konnten Argumente und Positionen in aktuelle Diskussionen eingebracht werden und gelangten sogar in die Bundesgesetzgebung, so zum Beispiel beim Studentenwohnraumbau.

Als eine weitere Aufgabe sah das Referat die Durchführung von politischen Veranstaltungen. Das Presserferat des AStA, der nach dem Hochschulgesetz die Aufgabe hat, „auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz“ der Mitglieder der Studentenschaft zu fördern, organisierte mehrere Podiumsdiskussionen. Diese sollten die Studenten objektiv informieren und die Diskussion innerhalb der Studentenschaft versachlichen. So gab es eine Veranstaltung anlässlich der NATO-Tagung in Bonn im Juni und eine weitere im Dezember, diesmal unter dem Thema „Drei Jahre NATO-Doppelbeschuß“. Vertreten waren immer die im Bundestag vertretenen Parteien und andere Organisationen. So kamen z.B. die jetzigen Staatsminister im Auswärtigen Amt Möllemann und Mertes, und SPD-Politiker wie Ehmke und Voigt. In Planung ist zur Zeit noch eine Veranstaltung zum fünfzigsten Jahrestag der Machtergreifung Hitlers (30. Jan.).

Verantwortlichen und des gezielten Einsatzes öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen, eine Reihe eindrucksvoller Erfolge zu erzielen:

- So konnte nicht zuletzt durch die Protestaktionen des AStA gegen den Schwier-Plan der Wissenschaftsminister Schritt um Schritt zurückgedrängt, ganze Fachbereiche an der Universität gerettet werden
- So wurde im Zusammenwirken mit der Fachschaft der bedrohte Bestand der Christlichen Archäologie gesichert.
- So konnte das Wohnungsangebot für Studenten im Bonner Raum drastisch gesteigert werden.

Die Durchsetzung studentischer Positionen zur Sekundarstufe I oder zur Konventswahlordnung im Senat, die Baumaßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen für Behinderte, die Aussparung der Studentenwochenkarten aus den jüngsten Fahrpreiserhöhungen - die Zahl der Beispiele ließe sich fortsetzen. Sie zeigen, wieviel eine studentische Interessenvertretung erreichen kann, wenn sie sich auch wirklich und in sachlicher Form auf die studentischen Themen konzentriert.

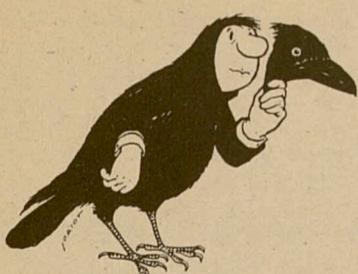
Unterstützung und Hilfestellung für die Studenten im Studienalltag zu leisten, war das zweite vorrangige Ziel der AStA-Arbeit. In diesen Bereich fällt der umfangreiche Servicebetrieb, den der AStA konsequent ausgebaut hat. Die Zimmervermittlung, die Mitfahrerzentrale, der AStA-Laden mit seinen preiswerten Einkaufsmöglichkeiten für Büromaterial, vor allem aber auch die intensive Beratungstätigkeit der Referate gliedern sich in diesem Rahmen ein. Den Kommilitonen den Studienalltag zu erleichtern, war schließlich auch die wesentliche Aufgabe der Kultur- und der Erstsemesterarbeit - sei es durch die Schaffung von Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen oder selbst Bemühungen, Erstsemestern mit einer Fülle von Ratschlägen und Tips den Start ins Studium leichter zu gestalten, oder sei es auch durch eine Kombination von beidem, wie es bei der Erstsemesterwoche des AStA erstmalig erfolgreich praktiziert wurde.

Das elitäre Nasenrumpfen, mit dem der Links-AStA seinerzeit jede Art von Service-Arbeit bedachte, findet keinerlei Rechtfertigung. Die Kommilitonen in ihrem Studienalltag zu unterstützen und ihnen Hilfestellungen anzubieten, ist eine der originären und nach der politischen Interessenvertretung die wichtigste Aufgabe des AStA.

Als drittes Ziel der AStA-Arbeit im vergangenen Jahr gesellte sich die Förderung der politischen Bildung unter den Studenten und die Anregung politischer Diskussionen hinzu. Podiumsdiskussionen über die amerikanische Außenpolitik, den NATO-Doppelbeschuß, die Ausländerfeindlichkeit oder die Ringsvorlesung "Ökologie" dienten diesem Zie.

Die Grundlagen und Ziele der Arbeit, die der demokratische AStA im vergangenen Jahr geleistet hat, sind umrissen. Im folgenden berichten die einzelnen Referate ausführlich über ihre Aktivitäten. So unterschiedlich die einzelnen Tätigkeiten auch waren, sie alle waren getragen von dem Wunsch, fern jeder ideologischen Verklemmung eine erfolgreiche, an Sachproblemen orientierte Arbeit durchzuführen. Diese Politik wollen wir auch in Zukunft weiter fortsetzen - in einem starken demokratischen AStA, der sich unbeirrt für die Interessen der Studenten einsetzt.

Herbert Müller AStA-Vorsitzender



MAN MUSS WISSEN
WOHIN
MAN GEHEN KANN

au château

DISKOTHEK

Bonn, Königstr./Ecke
Argenterstraße
Tel. 210701
dienstags für Fotos etc. zu vermieten

Außer dienstags
ab 20 Uhr geöffnet!

DAS

AStA-KULTURREFERAT PRÄSENTIERTE



Mittwoch, den 24. Nov. ab 18 Uhr

Das AStA-Kulturreferat kann für das abgelaufene Jahr auf eine Vielzahl von Initiativen und Veranstaltungen zurückblicken. Zwei Gesichtspunkte bestimmten dabei die „zweigleisige“ Kulturarbeit: 1. Die Förderung von Initiativen der stud. Kulturgruppen an der Uni Bonn.

Diese Arbeit, die vom Vorgänger-AStA nur halbherzig in Angriff genommen wurde, nahm einen breiten Raum im Engagement des Kulturreferates ein. Zuerst mußte im Sommersemester die Verteilung der Gelder für stud. Kulturgruppen für das SS 1982 und das WS 81/82 als Antrag in das SP eingebracht werden. Da mehr Gelder beantragt wurden als im entsprechenden Haushalt vorgesehen war, mußte mit den betreffenden Gruppen ein Weg gefunden werden, um alle Aktivitäten aufrecht halten zu können. Dieser, von den stud. Kulturgruppen und dem Kulturreferat erarbeitete Kompromiß fand dann einhellig Zustimmung bei den Fraktionen des SP. Aufgrund der Erfahrungen im letzten Haushaltsjahr legte der AStA dann für den Haushalt 82/83 eine Erhöhung des Haushaltssatzes für die autonome Kulturarbeit auf 15 000,- DM vor. Das Kulturreferat setzte dann diesen Beschuß auch dahingehend um, daß die Kulturgruppen diesmal ihre Unterstützungsmitte bereits zum Beginn des Semesters beantragen konnten und somit nach Verabschiedung durch das SP bereits in der 1. SP-Sitzung nach den Sommerferien für ihre Arbeit verwenden konnten.

Diese gute Zusammenarbeit zwischen den Kulturgruppen und dem AStA-Kulturreferat, fand ihren Niederschlag auch in verschiedenen Veranstaltungen. So mit der Gruppe Art Boulevard in Form einer gemeinsamen Ausstellung und mit der FILM-AG bei einem Regisseurwochenende mit Wolf Gremm.

Diese Arbeit gilt es auch in der Zukunft fortzusetzen und weiter auszubauen. Die Anzahl von neuen stud. Kulturgruppen bestärkt uns in der Auffassung, daß durch diese Arbeit Eigenkreativität und Engagement an der Uni Bonn wirkungsvolle Unterstützung findet.

2. Der Teil der Kulturarbeit, der in der Öffentlichkeit am meisten

Niederschlag findet, ist das Veranstaltungsprogramm des Kulturreferates.

Nach einigen Startschwierigkeiten aufgrund der chaotischen Hinterlassenschaft des Vorgänger-AStAs (ohne Moos nix los) konnte im Sommersemester ein interessantes Kulturprogramm angeboten werden. Neben traditionellen Veranstaltungen wie Erstsemesterfete und vor allem das Sommerfest bildeten neue Ideen wie das Ausländerfest (in Zusammenarbeit mit dem Ausländerreferat) mit einer Vielzahl von internationalen Künstlern und daneben klassische Klavierkonzerte sowie ein indischer Tanzabend, neue Aspekte der Kulturarbeit. Der Schwerpunkt der Kulturarbeit liegt in der Gestaltung eines umfassenden und interessanten Kulturprogramms für das abgelaufene Wintersemester. Der Leitgedanke dabei war, möglichst vielen Kommilitonen eine preiswerte und attraktive Alternative zum kommerziellen Angebot zu bieten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Family of Percussion, Takada/Klecka, Electric Circus, Weihnachtsschoof, Poser/Finger, Acapulco Gold, Joe Cool Band, Studiobühne Venn, Escarpin; Klaus Mäurer, Zeitenwende, Literaturlesung, Fotoausstellung und als Höhe- und Schlußpunkt das Uni-Winterfest u.a. mit: Der Dschungelband, Evelyn Künnecke, Taco, Pappnas, Westwood, Semmel's Hot Shot u.v.a.

Bleibt nur zu hoffen, daß in Zukunft auch anspruchsvollere Veranstaltungen den Zuspruch erhalten, den sie verdienen.



Achtung:

DER BÄR IST LOS...! 22. Januar im Uni-Hauptgebäude

U.A. MIT TACO (PUTTIN' ON THE RITZ), EVELYN KÜNNECKE (ICH BIN EIN ANTI-STAR), UND DER DSCHUNGELBAND (SPIEL MAL WIEDER WAS VON DEN BEATLES)

VORVERKAUF: 6.00 DM (IM AStA, NASSEMANSA) ABENDKASSE: 7.00 DM



AStA-Wohnungsaktion auf dem Münsterplatz

Das AStA-Sozialreferat

BAföG

Zum wichtigsten Thema des Wintersemesters wurde die von der neuen Bundesregierung durchgeführte Umstellung des Studenten-BAföG auf Volldarlehen.

Der AStA machte seinen Protest gegen diese Maßnahme im Vorfeld der entsprechenden Gesetzesänderung (die Anfang Dezember im Bundestag verabschiedet wurde) mit verschiedenen Aktionen deutlich. So wurde bereits im Oktober im Bundesbildungministerium eine Resolution übergeben, in der wir entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung Stellung bezogen. Dies geschah ebenso in einem offenen Brief, den wir an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages versandten. Die zahlreichen, fast ausschließlich positiven Reaktionen auf diesen Brief übertrafen dann alle unsere Erwartungen. Höhepunkt der Aktionen war der BAföG-Tag am 1. Dezember. An diesem Tag fand am Nachmittag im Arkadenhof ein Diskussions- und Informationsforum zum Thema BAföG statt, das ebenso wie die abendliche Podiumsdiskussion auf reges Interesse bei den Studenten traf.

Daß die Bundesregierung ihre Pläne dann ohne jegliche Änderung — trotz des studentischen Protestes — verwirklichte, wunderte eigentlich niemanden. Ziel der Arbeit des nächsten Jahres muß es nun sein, eine Rücknahme der BAföG-Änderungen zu erreichen — auch im nächsten Jahr wird das AStA-Sozialreferat sich also mit dem Thema BAföG auseinandersetzen müssen.

Wohnungsnot

Zu Beginn des Sommersemesters richtete das Sozialreferat wieder eine Zimmervermittlung ein. Diese Zimmervermittlung war vom letzten (linken) AStA eingestellt worden — wegen angeblich mangelnder Effizienz.

Trotz einiger Flauten (das Angebot hinkte oft der

Nachfrage hinterher) können wir dagegen feststellen: die Zimmervermittlung hat sich gelohnt! Besonders zu Beginn des Sommer- bzw. Wintersemesters konnten v.a. zahlreiche Erstsemester dank dieser Zimmervermittlung eine „Bude“ finden. In diesem Zusammenhang müssen auch die Wohnungsaktionen erwähnt werden, die — jeweils zu Semesterbeginn — vom Sozialreferat in Zusammenarbeit mit dem UKW-Referat durchgeführt wurden. Durch diese Aktionen machten wir die Bonner Bevölkerung auf die studentische Wohnungsnot aufmerksam und sammelten zugleich viele Angebote für unsere Zimmervermittlung.

Insgesamt gesehen: eine AStA-Zimmervermittlung (zusätzlich zu der des Studentenwerkes) lohnt sich und muß deshalb auch in den nächsten Semestern weitergeführt werden!

Behinderte Studenten

Das Sozialreferat befaßte sich auch mit der Situation der behinderten Studenten an unserer Universität — eine Problematik, die von den bisherigen ASten sträflich vernachlässigt worden war.

Nach intensiven Verhandlungen mit Rektorat und Verwaltung konnten wir erreichen, daß das Uni-Hauptgebäude in naher Zukunft behindertengerecht umgerüstet und umgebaut wird. Dieser Erfolg war vor allem deshalb möglich, weil unsere Verbesserungsvorschläge meist mit keinen oder nur geringen Kosten verbunden sind — ein entscheidender Pluspunkt angesichts leerer (Uni-)Kassen!

Ziel der weiteren Arbeit auf diesem Gebiet muß letztendlich die weitgehend behindertengerechte Umgestaltung der gesamten Universität sein, damit unsere behinderten Kommilitonen nicht, wie bisher, nur wählen können zwischen Jura und VWL (das Juridicum war entsprechend der geltenden DIN behindertengerecht gebaut worden).

Servicearbeit

Neben den unterschiedlichen politischen Aktivitäten verstärkte das Sozialreferat auch seine Servicearbeit.

Zu den fast schon traditionellen Leistungen wie z.B. Vergabe von Kleinkrediten, BAföG- und Stipendienberatung

kamen (kostenlose) Broschüren, die über BAföG, Stipendien und soziale Vergünstigungen für Studenten informieren. Daß diese Broschüren inzwischen auf Grund der großen Nachfrage bereits zum dritten Mal gedruckt wurden, spricht für sich.

Das AStA-Lehrerausbildungsreferat

Erstsemesterberatung

Seit dem Sommersemester 1982 gibt es wieder ein Lehrerausbildungsreferat. Die Hauptaufgabe bestand zu Beginn des Semesters in der Erstsemesterberatung. Vor dem Sekretariat hatten wir drei Wochen lang täglich von 9.00–12.00 Uhr einen Informationsstand des AStA aufgebaut. Hilfesuchende Erstsemester wurden von uns aufgefangen, mit Broschüren eingedeckt und mit Ratschlägen und Hilfen überschüttet. Besonders die Lehramtsstudenten hatten zu ihrem Studium viele Fragen. Nicht selten studieren sie an drei Fakultäten, die räumlich an drei verschiedenen Orten gelegen sind, und deshalb haben sie große Probleme mit der Erstellung ihres Stundenplans. Der Andrang im Lehrerausbildungsreferat war auch dementsprechend groß.

Streichung von Sek. I

In den Sommersemestern 1982 flatterte der Erlaß zu dem schon lange heiß diskutierten „Schwierplan“ ins Studentensekretariat, in welchem ein sofortiger Immatrikulationsstopp für Erstsemester, die sich für den Studiengang „Lehramt für die Sek. I“ einschreiben wollten, verordnet wurde. Nachdem man die etwas ratlosen Abiturienten über die Schwierigkeiten der Lage aufgeklärt hatte, bot man ihnen die kombinierte Ausbildung Sek. I und Sek. II an. Wir setzten uns zusätzlich dafür ein, daß einige Kunst- und Musikstudenten gleich ins zweite Semester eingestuft werden konnten, da es für sie hier in Bonn keine Möglichkeit gibt, die kombinierte Ausbildung zu machen.

Da diese Maßnahmen aber nur einen geringen Teil der Studenten befriedigen konnte, fordern wir weiter den Minister

Schwier auf, den Studiengang wieder einzuführen. Denn die finanziellen Einsparungen, die durch diese Streichung erreicht werden sollen sind fraglich, da aufgrund des zugelassenen kombinierten Examens (S. I u. S.II.) das vorhandene Potential von Professoren und wiss. Hilfskräften an der Pädagogischen Fakultät erhalten bleiben muß.

Neue Lehrerprüfungsordnung

In NRW gilt seit dem 23.7.81 die neue Lehrerprüfungsordnung (LPO), die innerhalb der Studentenschaft zu erheblichen Protesten geführt hat. Nicht nur die bundesweite Anerkennung der nordrheinwestfälischen Lehrerausbildung wurde mit dieser Neuregelung geschaffen, sondern auch ein zusätzlicher Nebeneffekt. Durch die Verschärfung der LPO werden nämlich auch „arbeitsmarktpolitische Probleme gelöst“ (Originalton eines KuMi-Beamten).

Eine Dokumentation „Lehrerausbildung in NRW“ faßt die häufigsten Probleme und Fragen der Lehramtsstudenten zusammen. Eine Gegenüberstellung in Form einer Tabelle gibt einen kurzen Überblick über die Neue und Alte LPO, ihre Vor- und Nachteile werden in einem weiteren Artikel aufgezeichnet.

Thema: Lehrerarbeitslosigkeit

Wie im Erstsemester-Info schon angekündigt, stand im Wintersemester das Thema „Lehrerarbeitslosigkeit“ im Vordergrund. Nach einer stichpunktartigen Umfrage stellten wir fest, daß die meisten Lehramtsstudenten zwar über die Anzahl von arbeitslosen Lehrern Bescheid wußten, über die Ursachen und Folgen dieser Arbeitslosigkeit und über die zukünftigen Einstellungschancen konnten sich aber die wenigsten ein Bild machen.

Aus diesem Grund fand am

UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG
Bouvier
 Am Hof 32 – Fürstenstraße 3
Bouvier science center
 5300 Bonn, Mensa Poppelsdorf
Bouvier juridicum
 5300 Bonn, Nassestraße 1

6.12. ein Diskussionsforum zu diesem Thema statt. Vertreter des Arbeitsamtes, des Philologenverbandes, der Gewerkschaft u.a. gaben anhand von Broschüren und in Gesprächen Informationen über die Arbeitsmarktsituation und über die Einstellungschancen betreff der Fächerkombinationen. In einer Broschüre „Ursache und Folgen“

der Lehrerarbeitslosigkeit“ haben wir die verschiedenen Fragestellungen zu diesem Thema aufgenommen, besonders interessant ist der Artikel über die Auslastungsquote für jedes Fach, da sie das entscheidende Kriterium für Einstellung von Referendaren in den Schuldienst ist.

Das AStA-Hochschulreferat



NRW-Wissenschaftsminister Schwier an der Uni Bonn

Das vergangene Jahr war geprägt durch Aktionen gegen die Pläne des Wissenschaftsministers Schwier, der Universität Bonn das Wasser abzugraben.

Zu Beginn des Jahres wurde der sogen. Schwier-Plan bekannt, der Streichungen an allen Universitäten NRW's vorsah. An der Uni Bonn sollte danach die Fachrichtungen Ägyptologie, Skandinavistik und Sekundarstufe I eingestellt werden. Die Problematik dieser Maßnahmen und ihre Folgen für Studenten und Dozenten wurde von uns in einer Broschüre dargestellt, die an der Universität verteilt worden ist.

Zusätzlich wurde eine Unterschriftenaktion gestartet, die von über 6 000 Studenten und Dozenten unterstützt wurde, und dem Wissenschaftsminister bei einer Podiumsdiskussion des

AStA, an der neben Vertretern des AStA auch der Dekan der juristischen Fakultät teilnahm, überreicht.

Erfolge konnten durch diese Aktionen bei den Fachrichtungen Ägyptologie und Skandinavistik erreicht werden, deren Streichung verhindert werden konnte. Ähnlich erfolgreich sahen anfangs die Bemühungen um die Sekundarstufe I aus. Jedoch wurde im Herbst klar, daß der Wissenschaftsminister die vernünftigen Argumente gegen die Streichung der Sekundarstufe I ignorierte. In den Semesterferien erreichte uns ein Gesetz zum Nachtragshaushalt der Landes NRW, das die Streichung der Sekundarstufe I ohne nähere Begründung bestimmt. Darin sehen wir einen eindeutigen Verstoß gegen das Wissenschaftshochschulgesetz. Eine da-

raufhin unternommene Unterschriftenaktion erbrachte mehr als 4 000 Unterschriften, die dem Wissenschaftsministerium übergeben wurden. Dieses hat bisher auf diese Maßnahme noch nicht reagiert.

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit des letzten Jahres war die endgültige Durchsetzung des Konventsystems an der Bonner Uni. Die Konventsordnung, die den studentischen Vertretern mehr Mitsprachemöglichkeiten sichert, sollte schon seit zwei Jahren durchgesetzt sein. Jetzt endlich haben sich die Bonner Professoren durchringen können, den Anforderungen des Wissenschaftshochschulgesetzes zu entsprechen. Schwierigkeiten, die zwischen der Studen-

tenschaft und dem Rektor bestanden haben, konnten zur Zufriedenheit der Studenten ausgeräumt werden. So konnten wir einen Wahlkreis für die Studenten durchsetzen.

Daneben konnte die christliche Archäologie „gerettet“ werden, die beinahe wegen der Nichtübernahme des einzigen Dozenten in den Professorenstand geschlossen worden wäre. Dieses wurde durch das Engagement des AStA verhindert.

Aber auch die tägliche Arbeit des Hochschulreferats kam nicht zu kurz. So wurde großer Wert auf eine effektive und sinnvolle Studentenberatung gelegt, um so die vielen Probleme der Studenten in Bezug zu ihrem Studium zu lösen.

Die Arbeit des AStA-Fachschaftsreferates

Hauptanliegen der Arbeit an den Fachbereichen ist die direkte Hilfe bei Studien- und allein auf den bestimmten Fachbereich zutreffenden sonstigen Probleme. Hierzu muß die Fachschaftsarbeit finanziell abgesichert werden. Deswegen wurde im Haushalt der Studentenschaft der Titel für die Fachschaftsgelder um DM 13 000 auf nunmehr DM 153 000 erhöht.

Neben der finanziellen Absicherung waren wir bestrebt, die Fachschaftsarbeit auch rechtlich abzusichern. Seit fünf Jahren versucht die Studentenschaft nun, sich eine rechtskräftige Satzung und eine Fachschaftswahlordnung zu geben. Im Wintersemester 1982/83 gelang es schließlich, die Fachschaftswahlordnung abschließend zu verabschieden. In dieser Fachschaftswahlordnung wurde die mehrtägige Urnenwahl auch bei Fachschaftswahlen verankert. Allein mehrtägige Urnenwahlen können einen Fachschaftsrat demokratisch legitimieren, indem sie allen Studenten des Fachbereichs die Beteiligung an der Wahl ermöglichen.

Diese Fachschaftswahlordnung (FWO) wurde verabschiedet gegen den erheblichen Widerstand einiger linker Gruppen. Besonders der MSB tat sich dabei hervor, indem er eine SP-Sitzung sprengte. Der Protest richtete sich weniger gegen die FWO an sich, als vielmehr gegen die in ihr festgeschriebene Urnenwahl. Der Hintergrund ist klar. Die linken Gruppen und insbesondere der MSB sahen dadurch ihre „Basis“ schwinden. Zwei Argumente wurden gegen die FWO vorgebracht: 1) die FWO würde die Wahlen unnötig bürokratisieren, 2) die FWO würde das Prinzip Basisdemokratie aufheben.

Sicherlich umfaßt die FWO zahlreiche formale Bestimmungen, die überwiegend aus übergeordnetem Recht stammen. Sie dienen aber dazu, die Wahlen so

gerecht wie möglich zu gestalten. Einige der linken Kommilitonen, die laut gegen den „Bürokratismus“ gewettet haben, nahmen rein formale Bestimmungen zum Anlaß, Wahlen anzufechten. Die verabschiedete FWO stellt unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen die beste Lösung dar. Der Kontakt zur Basis oder die Verwirklichung von Basisdemokratie hängt vor allem von der Arbeit des Fachschaftsrates ab und nicht von irgendwelchen Ordnungen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Fachschaftsreferates war die Erstsemesterberatung. Dazu gehörte neben der Erstellung des Erstsemesterinfos vor allem die Beratung am Sekretariat während der Einschreibung. Der große Zuspruch bestätigte die Notwendigkeit dieser Arbeit. Zahlreichen Erstsemestern konnten wertvolle Tips gegeben werden, die den Start ins Studium erleichterten.

Im Wintersemester wurde die AStA-Erstsemesterberatung erstmals ergänzt durch die Semestereröffnungswoche während der ersten Semestertage. In dieser Eröffnungswoche wurde in einem Zelt am Hofgarten eine Vielzahl von Beratungs- und Kulturveranstaltungen angeboten. Es sind sicherlich auch noch einige Dinge unerledigt. Die Zusammenarbeit mit der Fachschaftenkonferenz erwies sich als unmöglich, da der MSB die Fachschaftenkonferenz in einen Gegen-AStA umzuwandeln versuchte. Dies hatte zur Folge, daß nicht nur eine Zusammenarbeit mit dem AStA unterblieb, sondern die Fachschaftenkonferenz glitt auch in die politische Bedeutungslosigkeit ab. Die Fachschaften verweigerten bei dieser einseitigen Ausrichtung die Mitarbeit zu einem großen Teil. Ebenso muß die Informationsarbeit in den Fachbereichen verbessert werden. Alles in allem war die

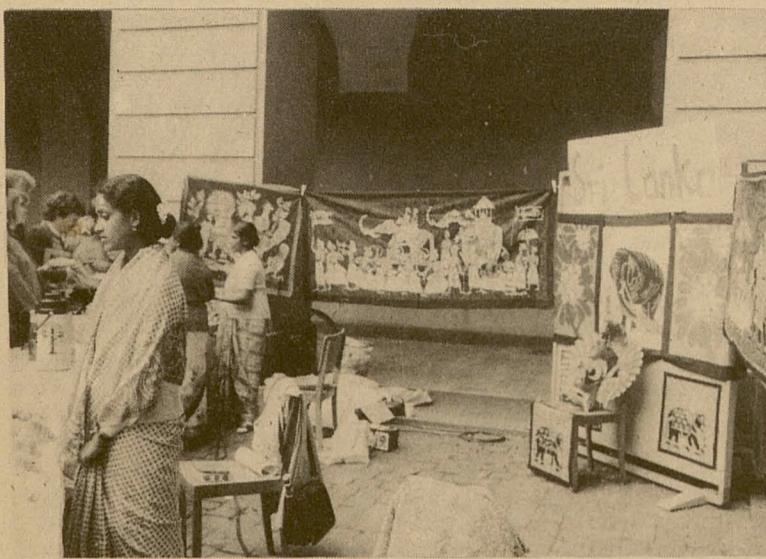


AStA Uni Bonn im BMBW

Arbeit des Fachschaftsreferates, die natürlich auch in die Arbeit des gesamten AStA einfluß, auch bei einigen

Mängeln erfolgreich. Weil es noch viel zu tun gibt, gilt es, diese Arbeit für Studenten fortzusetzen.

Das AID-Referat



Internationales Kulturfest im Arkadenhof

Als im Februar vorigen Jahres der neue AStA sein Amt antrat, wurde unter anderem — auf Vorschlag des SLH — ein neues Referat eingerichtet: das „Referat für Auslandsfragen, gesellschaftliche Integration und Diskriminierungsprobleme“, inzwischen unter der Abkürzung „AID-Referat“ bekannt geworden. Es trat an die Stelle der sogenannten „autonomen“ Referate, die die frühere AStA-Koalition „linker“ Gruppen für etliche Interessenvereinigungen installiert hatte. Der Streit um diese „autonomen“ Referate war auch ein Hauptthema des Studentenparlamentswahlkampfes im vorigen Januar gewesen: Die verschiedenen „linken“ Gruppen argumentierten, Herrschaft insgesamt solle abgebaut werden, indem Frauen über Frauenfragen, Ausländer über Ausländerfragen usw. „autonom“ entscheiden müßten. Der SLH hielt dem entgegen, das Studentenparlament und der von diesem gewählte AStA seien von der gesamten Studentenschaft mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt, besondere Privilegien einzelner Gruppen entsprächen weit eher den ständestaatlichen Vorstellungen vordemokratischer Zeiten als dem Konzept einer pluralistischen Demokratie heute; in Wirklichkeit würde Herrschaft durch „autonome“ Referate nicht etwa abgebaut, sondern im Gegenteil aus dem Bereich parlamentarischer Kontrolle herausgenommen und in das Belieben willkürlich zusammengesetzter Gruppen ohne Wählerauftrag gestellt. (Man stelle sich vor, daß demnächst ein paar hundert Autofahrer sich auf dem Bertha-von-Suttner-Platz versammeln und für alle Automobilisten „autonom“ über den Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland entscheiden . . .)

An diesem Dissens im Demokratieverständnis waren denn auch die Koalitionsverhandlungen des Sozialliberalen Hochschulverbandes mit den Hochschulgruppen von Jungsozialisten, Jungdemokraten und Grün-Alternativen gescheitert.

Das „AID-Referat“, wie es dann in der neuen Koalition mit RCDS und LA eingerichtet wurde, hat im Sommersemester einige Service-Leistungen angeboten: Selbstverteidigungskurse für Frauen, Kinderturnen und Kinderschwimmen, ein Ausländerfest usw., auch wenn leider einige der Organisationen, in denen sich Angehörige benachteiligter und unterdrückter Gruppen an der Universität

Der AStA:

Herbert Müller (AStA-Vorsitzender)

Barbara Müller (Sozialreferentin und stv. AStA-Vors.)

Christian Barath (Pressereferent und stv. AStA-Vors.

Antje Jüsten (Lehrerausbildungsreferentin)

Conrad Ostermeyer (Hochschulreferent)

Sabine Teckhaus (AID-Referentin)

Heinz Henschel (Kulturreferent)
Heinz Gräff (LHGW Referent)

Herbert Graff (UKW-Referent)
Barbara Bödder (Finanzreferentin)

Barbara Ridder (Finanzreferentin)
Andreas Büschel (Fachschaftsreferent)

(etwa Frauen und Ausländer) zusammengeschlossen haben, aufgrund ihrer politisch-dogmatischen Linie wenig bereit waren, mit dem AStA zusammenzuarbeiten.

Nach dem Wechsel in der Referatsleitung — jetzt **Sabine Teckhaus** (SLH) — konnte endlich auch die dringend notwendige politische Arbeit geleistet werden. Das heißt nicht, daß die Service-Leistungen abgebaut werden sollten: Selbstverteidigungskurse, Kinderturnen und -schwimmen ließen weiter, ein Ausländerfest wurde wieder veranstaltet, in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt und der Otto-Benecke-Stiftung wird Studienberatung für ausländische Komilitonen organisiert; des wei-

Thema „Ausländerfeindlichkeit“ statt; am 20. Januar gibt es eine Podiumsdiskussion zur Frage „Frauen in die Bundeswehr – mehr Gleichberechtigung?“, Anfang Februar geht es um die Themen „Probleme der Rechtssprechung bei Vergewaltigung“ und „Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Familien“. Dokumentationen zur Reform des Sexualstrafrechts (z.B. § 175 StGB) und zu „Pro und Contra Antidiskriminierungsgesetz“ sind in Arbeit. Eine Zeitung „Bildstörung“, vom Referat herausgegeben, wird Angehörigen unterdrückter und benachteiligter Gruppen in der Studentenschaft Gelegenheit geben, ihre Probleme und Lösungsansätze darzulegen.

Wir meinen, daß dieses Referat wie kein anderes im ASTA geeignet ist, politische Arbeit zu leisten, und wir hoffen, daß auch die Kommititionen, denen ein bloßer Service-Betrieb (wie auch uns) zu unpolitisch wäre, sich aufgrund dieser Bilanz zur Zusammenarbeit mit dem „AID-Referat“ bereitfinden.

FRS FLUG - REISE - SERVICE - **GmbH**

Beraten - Planen - Buchen

DAS REISEBÜRO NICHT NUR FÜR JUNGE LEUTE

WIR BIETEN UNTER ANDEREM

- MAGIC BUS
- INTER CHALET
- JET REISEN
- MEYERS WELTREISEN
- UFO-REISEN
- JUGENDREISEN
- STUDENTENREISEN
- EURO TOURS
- FLUGE

z.B. FLUGE KÖLN-BERLIN-KÖLN ab DM 240,-
z.B. BRÜSSEL-NEW YORK-BRU ab DM 890,-

transalpino

BAHNFAHRTEN FÜR JUNGE LEUTE UNTER 26.

PREISBEISPIELE AB BONN

PARIS	H/R	DM	96,-
LONDON	DM	82,-	
ANKARA	DM	240,-	
ATHEN	DM	210,-	
BELGIEN	DM	23,-	
DUBLIN	DM	168,-	
HELSINKI	DM	190,-	
CASABLANCA	DM	220,-	
MADRID	DM	161,-	

JETZ AUCH MIT SCHIFFSVERBINDUNGEN
AUF DIE MITTELMEERINSELN.

FLUG-REISE-SERVICE, FRITZ-TILLMANN-STR. 4, TEL. 02 28 - 22 10 71

Seit 1. 12. 82 geänderte Bedingungen



Das Geld der Studentenschaft

Im Finanzreferat des Allgemeinen Studentenausschusses werden die gesamten Gelder der Studentenschaft verwaltet.

1. Woher stammt das Geld?

Von dem von jedem Studenten pro Semester erhobenen Sozialbeitrag wird ein Teil zur Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung verwendet.

2. Wieviel Geld steht der Studentenschaft zur Verfügung?

Bei ca. 37 000 Studenten beträgt das Haushaltsvolumen rund 1,2 Mio. DM im Jahr. Außer den Anteilen aus den Sozialbeiträgen kommen noch Einnahmen aus dem AStA-Laden einschließlich Druck- und Kopierbetrieb, den Rückzahlungen der Sozialdarlehen u.a.

3. Wer entscheidet, wie das Geld ausgegeben wird?

Das Studentenparlament legt in einem Haushaltspunkt fest, für welchen Zweck wieviel Geld bereitgestellt wird. Die Finanzhoheit liegt beim SP, es entscheidet somit jeder Student durch seine Stimmabgabe bei SP-Wahlen mit über die Verwendung unserer Sozialbeiträge.

Eine hohe Wahlbeteiligung müßte allein schon aus diesem Grunde selbstverständlich sein. 4. Wie werden die Finanzmittel eingesetzt?

Die größten Einzelposten auf der Ausgabenseite des Haushaltplanes eines Jahres sind

a) die Auszahlungen an die Fachschaften

mit insgesamt 147 000 DM, mit denen die Fachschaften studentische, fachbezogene Basishilfeleisten können;

b) der Sozialhaushalt mit 130 000 DM für Sozialdarlehen, Rechtshilfe, Veranstaltungen und Aktionen wie z.B. der Wohnungsaktion zur Linderung studentischer Wohnungsnot;

c) der allgemeine Geschäftsbetrieb des AStA mit einer Vielzahl von Einzeltiteln, wie z.B. Personalkosten, Publikationen, Bürokosten etc.

Dazu kommen referatsspezifische Ausgaben für Kultur, Öffentlichkeitsarbeit, Ausland, Sport, Lehrerausbildung und Hochschule sowie die Kosten für studentische Wahlen und die Studentenschaftszeitung AKUT.

SOZIALBEITRAGSORDNUNG

Studentenwerk	DM 30,00
Unfallversicherung	DM -,40
Studentische Selbstverwaltung	DM 10,50
Studentischer Hilfsfonds	DM -,60
Student. Sozialeinrichtungen	DM -,40

Das AStA-Referat für Umwelt, Kommunales und Wohnen

Das Referat wurde neu eingerichtet, um in diesen drei Bereichen verstärkt tätig zu werden und für verbesserte Information und Interessenvertretung der Bonner Studentenschaft zu sorgen.

Nach der Wahl durch das Studentenparlament und der Übernahme des AStA begannen wir so-

fort mit der Arbeit. Zuerst wurde das Konzept der Mifahrerzentrale überarbeitet und ausgeweitet. Mindestens einmal in der Woche (dienstags) sollte sie in der Universität (E-Raum Hauptgebäude) direkt erreichbar sein. Weiter wurden wöchentlich Handzettel herausgegeben und in der Uni und in den Menschen

verteilt. Das Telefon blieb täglich von 12.00 – 14.00 Uhr besetzt, die Kartei war im AStA von Mo-Fr (außer Di) von 10.30 bis 16.00 Uhr erreichbar.

Umweltschutz

Die Aluminium-Sammlung wurde fortgeführt, mußte allerdings Ende Juni eingestellt werden, weil unsere Abgabestelle geschlossen wurde. Neu eingeführt wurde eine Batterie-Sammlung für Alt-Batterien aller Art (Nickel-Cadmium, Silber und Quecksilberbatterien etc.).

Neben der allgemeinen Informationsarbeit und der AStA-Arbeit (der Referent war im Sommersemester stellv. AStA-Vorsitzender) wurde der Versuch gemacht, eine Ringvorlesung zum Thema Ökologie zu organisieren. Die Ringvorlesung mußte jedoch aufs Wintersemester verschoben werden, da das Referat damit überlastet gewesen wäre. Zum Wintersemester wurde die gesamte Arbeit neu organisiert. Der Referent legte den stellv. AStA-Vorsitz nieder und drei Kommilitonen arbeiteten zusätzlich im Referat mit. Dieter Guhl übernahm die Vorbereitung und Durchführung der Ringvorlesung. Diese Ringvorlesung ist eine Einführung in den Themenbereich Ökologie unter verschiedenen Gesichtspunkten. Dabei werden in den einzelnen Vorlesungen die Probleme von Wissenschaftlern dargestellt, die selbst an der Lösung und Klärung von ökologischen

und umweltpolitischen Vorhaben beteiligt sind. Neben der Information werden dabei Lösungsansätze deutlich, die für den einzelnen in Parteien, Gruppen und Bürgerinitiativen die Grundlage zur Weiterarbeit bilden.

Kommunales

Zu Beginn der AStA-Zeit stand uns sofort eine Fahrpreiserhöhung ins Haus. Doch in der kurzen Zeit und weil der letzte (linke) AStA die Entscheidung „verschlafen“ hatte, ließ sich nichts mehr ändern. Pressearbeit, Briefe, Gespräche mit Stadtverordneten und Verwaltung blieben erfolglos. Um unseren Protest zu dokumentieren wandten wir uns in der Abschlußberatung des Stadtwerkeausschusses und in der beschließenden Ratssitzung mit offenen Briefen an die einzelnen Vertreter der Parteien im Rat und legten unsere Argumente und Forderungen dar. Dem Oberbürgermeister der Stadt Bonn übergaben wir eine Unterschriftenliste mit mehr als 2 000 Unterschriften. Unterstützt wurden wir dabei von der Fachschaft Geschichte, die auch eine eigene Unterschriftenliste über gab.

Schwerpunkt der Arbeit des Sommersemesters war das Thema Fahrradfahren (neben Wohnungsfragen, siehe unten). Um hier trotz knapper Finanzen etwas zu erreichen, bemühten wir uns, ein möglichst breites Bündnis zu erreichen. Dies hat die Arbeit zwar ungeheuer verzögert, doch gelang es dem AStA (UKW-Referat) zusammen mit dem ADFC und der GAG ein breites Bündnis von der Jungen Union bis zu den Grünen, mit Ausnahme der Jusos, zu erreichen. Am 17.7.82 wurde eine gemeinsame Sternfahrt durchgeführt, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Parallel dazu wurde zusammen mit Unterstützung des ADFC eine Fahrradzeitung (Pedal-Power) herausgegeben.

Im Wintersemester standen die Kürzungsabsichten des Bonn-Ausweises der Stadt Bonn im Brennpunkt. Vom AStA 1980 durchgesetzt, galt er zuerst für alle Studenten, die in Bonn wohnten. 1981 schränkte die Stadt Bonn den

BÜCHER
RÖHRScheid

gegenüber der Uni

gegr. 1818

63 1281

Am Hof 28
Ecke Fürstenstraße

Berechtigtenkreis auf BAföG-Empfänger mit 2. Wohnsitz in Bonn ein. Die von uns aufgezeigten Umgehungs möglichkeiten wurden auf dem Verwaltungsweg außer Kraft gesetzt. Wir konnten nur noch erreichen, daß der Bonn-Ausweis neben BAföG auch bei vergleichbaren Leistungen (BVG etc.) ausgestellt wurde. Jetzt wollte die Verwaltung im Dezember den Bonn-Ausweis von 50 % auf 40 % Ermäßigung zurückstufen. Wir protestierten energisch gegen diese Pläne, und wie uns inzwischen vom Oberbürgermeister mitgeteilt wurde, beziehen sich diese Kürzungsmaßnahmen nicht auf Zeitkarten der Stadtwerke Bonn. Damit konnte eine weitere Belastung der sowieso schon arg gebeutelten BAföG-Empfänger vermieden werden. Für Wochenkarten für Schüler und Studenten gibt es mit Bonn-Ausweis zusätzlich 44 1/3 % Ermäßigung.

Wohnungsfragen

Zu Beginn unserer Arbeit wurde ein Rahmenkonzept „Integrierendes Wohnen“ ent-

wickelt. In diesem Modell des AStA werden verschiedene Förderungsmittel zusammengefaßt. Die Wohnungs- und Zimmergrößen sollen unterschiedlich sein (größere Wohnungen für WG's und Familien einerseits sowie Zimmer und kleine Wohnungen für Einzelpersonen und Paare). Dadurch kann die Belegung dem Bedarf angepaßt werden (z.B. weniger Studenten, mehr Familien bei zurückgehenden Studentenzahlen). Außerdem wird die Anonymität und Ghettobildung des modernen Wohnungsbau durchbrochen; wenn Studenten, Familien, ältere Menschen und Ausländer zusammen unter einem Dach wohnen. Damit sind fast alle wirtschaftlichen und politischen Argumente gegen den Wohnraumbau für Studenten vom Tisch. Flexible Einsatzmöglichkeiten (bedarfsgerecht und finanziell im Rahmen), sozialpolitische Vernunft sowie schnelle Anwendungsmöglichkeiten waren eine gute Basis für die Weiterarbeit mit diesem Modell.

Mit diesem Modell und der Forderung nach Wiederauf-



Podiumsdiskussion „Amerikanische Außenpolitik – gegen Europa?“

nahme der Förderung des Studentenwohnheimbaus wandten wir uns an die Fraktionen des Bundestages. Im April erreichten wir eine Zusage der damaligen Opposition (CDU) in diesem Sinn tätig zu werden. Diese Zusage wurde inzwischen umgesetzt und 100 000 000 DM wurden für den Studentenwohnraumbau bereitgestellt. Nach der neuen Konzeption können mit dem gleichen Geld drei bis vier Mal soviele Zimmer und Wohnungen für Studenten erstellt werden als früher möglich war.

Dies ist eine der wenigen positiven Entscheidungen der neuen Bundesregierung im Bildungs bereich.

Wir haben uns bemüht, für alle Studenten zu arbeiten und keine einseitige Politik zu machen. Wir hoffen, daß wir durch unsere Service-Arbeit (z. B. MfG) Information (Ringvorlesung) und unsere politische Arbeit (Wohnungsbau, Kommunales) möglichst vielen Studenten helfen können.

Der AStA-Rechenschaftsbericht 1982-1983

Leser-brief

Von Studentenparlament und AStA ist in diesen Wochen viel die Rede, und leicht mag darüber vergessen werden, daß ein wesentlicher Teil der hochschulpolitischen Arbeit in den Fachschaften geleistet werden muß, an der Basis.

Es gibt Fachschaften, die einem Politbüro gleichen. Einmal in der Woche haben sie für zwei Stunden geöffnet. Der einzige Aushang am Schwarzen Brett gibt bekannt, wann die nächste Ausgabe der „Roten Blätter“ erscheint. Wenn sich so ein Politbüro einmal äußert, dann wahrscheinlich zu El Salvador und zur NATO-Hochrüstung, aber bestimmt nicht zu Fachbereichsproblemen.

Es gibt auch den anderen Typus von Fachschaft: die Service-Stationen, die fast durchgehend geöffnet haben, in denen man Musterklausuren mit Musterlösungen und Musterstundenplänen, alles fein säuberlich gedruckt und geheftet – erstehen kann.

Nach dieser Einführung ist es sicher jedem klar geworden, daß unserer Meinung nach die Wahrheit – wie so häufig – in der Mitte liegt.

Um zu zeigen, wie unser Verständnis von Fachschaftsarbeit aussieht, berichten wir über die SLH-Arbeit in der Fachschaft Jura:

Ginge es nach dem Willen von RCDS und LA, dann wäre die Jura eine Musterfachschaft: einmal im Monat spielt eine Theatergruppe, Fachbereichsprobleme beplaudert man im „kleinen Kreis“ mit dem Dekan und den Studenten zeigt sich der Fachschaftsrat allenfalls dann

einmal, wenn bei einem Vorlesungsauftritt das Erscheinen des nächsten Skript angekündigt wird.

Dem hat der SLH sein eigenes Politik-Verständnis entgegengesetzt, etwa im Bonner Hochschulforum. Das Bonner Hochschulforum ist ein Diskussionsforum, dessen Ziel es ist, der zunehmenden Entpolitisierung – gerade der Jura-Studenten – entgegenzuwirken durch die Organisation von Vorträgen und Diskussionen über politische Fragen und davon ausgehend einer Weiterverarbeitung von politischen Inhalten am Fachbereich. Gegen vielfache Widerstände hat sich das Konzept bewährt: Veranstaltungen mit Prof. Grosser aus Paris, Graf Baudissin, dem früheren Bundesinnenminister Prof. Maihofer, den Politikern Egon Bahr, Jürgen Möllermann, Horst Ehmke und Walter Scheel fanden in den vergangenen Semestern in überfüllten Hörsälen statt.

Welch unterschiedliches Verhältnis die rechten Gruppen auf der einen und der SLH auf der anderen Seite haben, wurde zu Beginn des Semesters wieder einmal bei den Diskussionen deutlich, wer als Referent eingeladen werden sollte. Wäre es nach dem RCDS gegangen, wären kritische Referenten nicht erschienen; stattdessen hätte der gescheiterte CDU-Politiker Alfred Dregger eine eigene Veranstaltung bekommen sollen.

Unser Verständnis von Diskussionsveranstaltungen sieht anders aus. Deshalb hat der SLH in der Fachschaft durchgesetzt, daß die

Schwerpunkte der Arbeit, das Bonner Hochschulforum, auf so brisante Bereiche, wie etwa „Frieden für Israel/Palästina“ gelegt werden, wozu am 27. Januar ein Streitgespräch mit Abdallah Franghi (PLO) und einem israelischen Journalisten stattfindet. Weitere Themen sind Fragen aus dem Komplex „Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung“.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt sozialliberaler Hochschulpolitik war der TATBESTAND, die Fachschaftszeitung an der Jura, die von Auflage und Umfang her eine der größten Studentenzeitschriften ist. Wir haben den Tatbestand zu einem offenen Diskussionsforum der Studentenschaft am Fachbereich umgewandelt.

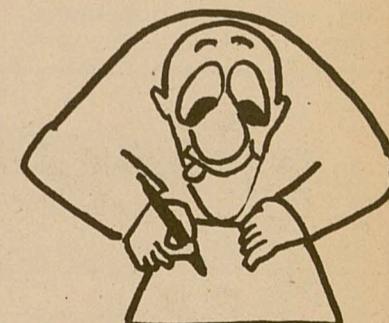
Themen wie Frauen in der Justiz, Studienreform oder Probleme Strafgefangene, die Situation am Fachbereich werden nicht länger unter den Tisch gekehrt, sondern ausdiskutiert. Statt diesen Themen eigene Inhalte entgegenzusetzen, versucht der RCDS mittlerweile den TATBESTAND der Vorsensur zu unterwerfen: Artikel wie etwa über das Bonner Frauenmuseum würden nicht die Gesamtheit der Jura-Studenten interessieren und außerdem sollte doch auch die politische Zusammensetzung der Fachschaft als Maßstab für die politische Ausrichtung des Inhaltes genommen werden.

Daß solches Ansinnen auf unseren entschiedensten Widerstand stößt, versteht sich von selbst.

Neben dieser Arbeit haben wir die Bonner Juristentage vom 11.-13.1.1083 organisiert und waren in steten Verhandlungen mit dem Ziel, endlich die Cafeteria im Juridicum im Sinne der Bonner Studenten umzugestalten. Daneben kam aber auch selbstverständlich die Ser-

vicearbeit, die gleichfalls ein wichtiger Bestandteil der Fachschaftsarbeit darstellt, nicht zu kurz: Auf mehreren Flugblättern informierten wir über aktuelle Geschehnisse am Fachbereich, gaben Erstsemestern zu Semesteranfang eine Starthilfe und beteiligten uns an der studentischen Tutorengruppe für Erstsemester. Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Damit sie auch im kommenden Semester fortgesetzt werden kann, wird die Unterstützung aller Studenten – auch bei den SP-Wahlen – benötigt.

Claus Radziwill (SLH)
stellvert. Fachschaftssprecher
Jura und Referent für
das Bonner Hochschulforum



Die Auswahl der Beiträge auf der Humor-Seite, AKUT Nr. 190, (Vorschläge zum Gebrauch toter Katzen) sagt meiner Meinung nach alles über den Humor der Akut-Leute.

Inge Schwarz
Grimmgasse 13
5300 Bonn 1

„Kampf gegen RCDS“ gescheitert

Gemeinsame Veranstaltung SHB-RCDS — Thema: BAföG

Seit den frühen sechziger Jahren hätte es das nicht mehr gegeben, kündigte der SHB (Sozialistischer Hochschulbund) auf einem Flugblatt an: Eine Diskussion zwischen SHB und RCDS. Ebenso wie die SHB-Einladung, erläuterte auch Podiumsteilnehmer Christoph Drösser in seinem Eingangsstatement minutenlang, man wolle sich nicht verbrüder, sondern durch diese Veranstaltung den RCDS bekämpfen und den Studenten die Schwächen der Rechten deutlich zeigen. Drösser weiter: „Mit Typen, die für uns Berufsverbot fordern, kann ich mich nicht kumpelhaft an einen Tisch setzen.“

Schon mit dieser Einführung jedoch zeigte sich die Schwäche der gesamten Diskussion. Wenn Drösser die Klarheit der Positionen in Sachen BAföG darstellen wollte, so hatte er zunächst das Thema verfehlt und es ist nur der Hartnäckigkeit des Diskussionsleiters zu verdanken, daß ein unnötig aggressives „Dreinschlagen“ auf den Veranstaltungspartner abgebogen werden konnte.

So kam es dann doch noch zur Darstellung der SHB-Position. Danach sei es Pflicht des Staates, das Recht auf Bildung zu verwirklichen. Durch ein BAföG-System, das elternunabhängig gestaltet werden solle, müsse man eine Chancengleichheit auf materieller Ebene schaffen. Nach SHB-Meinung ist es egal, ob Geld in den Staatskassen ist. „Wir akzeptieren nicht das Argument, es ist nur soundsoviel da“, verkündete Drösser; BAföG sollte jedem die Möglichkeit zum Studium geben.

Auf diese Forderungen erwiderte der Fraktionsvorsitzende des RCDS im SP, Plettenberg, man wäre nicht bereit, einfach Höchstforderungen zu stellen und gleichzeitig zu wissen, daß diese nicht erfüllt werden könnten. Forderungen müßten auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen koordiniert werden, es dürften keine Forderungen auf den Schultern

der anderen lasten. Der SHB könne nicht immer von den Arbeitern reden, aber auf deren Kosten die Bildung an den Hochschulen finanzieren. Die Meinung des RCDS sei, so Plettenberg weiter, Recht auf Bildung bedeute, jedem die Möglichkeit zu geben, sich seinen Neigungen entsprechend zu bilden, ein Hochschulstudium wäre nicht das „Gelbe vom Ei“, deshalb dürfe nicht allein die Hochschulausbildung staatlich finanziert werden. Für den Fraktionsvorsitzenden liegt der Mangel begründet in den leeren Kassen und in der politischen Unfähigkeit, eine gerechte Lösung zu finden. Der RCDS will, ergänzte er, die Schwächen auch gegen die jetzige Regierung aufzeigen und mit eigenen Vorschlägen bekämpfen.

Der zweite SHB-Teilnehmer, Sass, eröffnete dann endlich die Runde der Änderungsvorschläge. Nach dem bekannt polemischen Anlaufgerede von Hochrüstung und Subvention von Großbetrieben, das sich jeglicher Beziehung zur Diskussion entzog, unterbreitete Sass die Zahlen der Jahresabschlüsse der deutschen Banken und stellte fest, daß doch genügend Geld im Staate vorhanden sei, um die Bildung finanzieren zu können. Man müsse nur die notwendigen Milliarden den Banken wegnehmen und alle Probleme seien gelöst.

Dementgegen wußte der amtierende AStA-Vorsitzende Herbert Müller (RCDS) den Vergleich mit Frankreich anzu führen. Hier seien die Banken verstaatlicht und dennoch wären die Probleme nicht zu lösen. Müller weiter: „Frankreich hat das drastischste Sparprogramm in ganz Europa“. Auch Müller wußte vom Pfad der Hochschul diskussion ab und antwortete auf einiges, was die SHB-Vertreter zuvor behauptet hatten.

Darauf eingehend, daß sich die Sozialisten als die Vertreter auch der Arbeiterschaft in unserem Lande verstanden wissen wollten, konnte Müller mehrfach kontern. „Was ihr hier über die Subventionierung der Großbetriebe schimpft, das wird den Arbeiter bei ARBED im Saarland gar nicht so glücklich machen, weil er sonst seinen Arbeitsplatz verlieren würde.“ Weiter sprach Müller auf die angebliche gewerkschaftliche Orientierung an, die der frühere AStA-Vorsitzende Drösser zuvor verkündet hatte. Hierzu konnte der jetzige AStA-Chef von einem Gespräch mit dem Bonner DGB-Vorsitzenden berichten, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß ausgerechnet ein gemäßigter AStA unter einem RCDS-Vorsitzenden als erster das Gespräch mit dem DGB suchen würde, man aber auch gerne mit den linken Gruppen Kontakt gehabt hätte.

Nach diesem Exkurs zeigte Müller auch Perspektiven seiner Arbeit zur Sicherung des BAföG auf. Der RCDS hätte ein Modell entwickelt, das versucht, gerechter zu sein als der Vorschlag der Bundesregierung. Danach gibt es einen Sockelsatz, der nach Bedürftigkeitsprinzipien vergeben wird. Dieser Sockel beträgt 400 DM. Neben den 400 DM hat jeder Student die Möglichkeit, bis zu weiteren 400 DM

in Darlehensform zu erhalten. Nach Müller würde damit auch die Härte derjenigen entschärft, die gerade über der Einkommensschwelle liegen.

Die sich anschließende Diskussion mit den Zuhörern ließ Zweifel an vorhandenen Perspektiven des SHB aufkommen. Hatte Herbert Müller den SHB-Vertretern vorgeworfen, sie würden sich in ein ideologisch lupenreines Eckchen verziehen, aber nichts Konkretes leisten, so brachten die Vorschläge der SHB-Vertreter in der Plenumsrunde mehr und mehr Bestätigung für diese Behauptung.

So war die kritische Frage berechtigt, ob durch ein nicht elternbezogenes BAföG etwa ein Berufsstudent geschaffen würde. Drösser konterte, „hier soll keiner am Anfang des Monats gegen Vorlage des Studentenausweises vom Rektor einen „Riesen“ bekommen“. Doch nach mehrmaligem Nachfragen konnte er nur darauf verweisen, daß dieses Endziel erst dann zu verwirklichen sei, wenn man eine andere, „gerechtere Gesellschaft“ geschaffen hätte, in der es nicht mehr die Unterscheidung zwischen arm und reich gäbe.

Diesen Ausspruch nahm Plettenberg (RCDS) dankbar auf und verdeutlichte die Perspektivlosigkeit dadurch, daß er dann als Christdemokrat ebenso sagen könne: „Richtig gut ist alles, was wir machen, erst im Paradies“.

—CB.

BAföG-Änderungen

Die Ausbildungsförderung für Studenten wird vom Wintersemester 1983/84 an vollständig auf Darlehen umgestellt. Künftig können Studenten danach Darlehen bis zu 660 Mark monatlich erhalten, zusätzlich bis zu 60 Mark Wohngeld, wenn ihre Eltern nicht die jetzt im Gesetz festgelegten Einkommensgrenzen überschreiten. Die Rückzahlung der Darlehen beginnt fünf Jahre nach dem Ende der Förderungshöchstdauer, wenn die Hochschulabsolventen nach der Ausbildung bestimmte Einkommenshöhen erreichen. Die Mindestruckzahlungsrate beträgt wie bisher 120 Mark monatlich, die Frist für die Rückzahlung 20 Jahre. Studenten, die ihr Studium vier Monate vor dem Ende der Höchstförderungsdauer abschließen, erhalten 5 000 Mark vom Darlehen erlassen. Hochschulabsolventen, die das Darlehen vorzeitig zurückzahlen, können die Rückzahlungspflicht bis zu 50 Prozent vermindern. Schließlich sollen den 30 Prozent der Geförderten mit den besten Prüfungsergebnissen pro Examensjahr 25 Prozent der Darlehensschuld erlassen werden. (dpa)

Bonner Studenten Fahrsschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag von 9.30 bis 11.00 Uhr
Unterricht Mittwoch von 18.30 bis 20.00 Uhr

Der 30. Januar 1933

Am 30. Januar 1933, also in 12 Tagen, jährt sich die Machtergreifung Adolf Hitlers zum 50. Mal. Grund für AKUT, zurückzublicken und zu fragen, wie es dazu kommen konnte und eventuelle Parallelen zu heute zu ziehen. Dabei beschränken wir uns hauptsächlich auf die allgemeine Situation — die der Bonner Uni wurde bereits in AKUT 181 behandelt.

„Der Herr Reichspräsident hat nach dem Rücktritt der Reichsregierung Herrn Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt.“ Diese amtliche Mitteilung im Reichsanzeiger vom 2.2.1933 zeigte einen der vielen Regierungswechsel in der Geschichte der Weimarer Republik — den letzten. Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler wurde die Auflösung der Weimarer Republik besiegt und der entscheidende Schritt zur nationalsozialistischen Diktatur getan.

Wie es überhaupt dazu kommen konnte, daß ein erklärter Gegner der Republik zum Kanzler eben dieser Republik werden konnte, darüber ist viel geschrieben und gestritten worden. Diejenigen, die die damaligen Ereignisse für einen in der Person Hitlers begründeten Unglücksfall der deutschen Geschichte sehen, erkennen die besondere Situation der deutschen Nation und die strukturellen Schwächen der Weimarer Republik. Diejenigen, die die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur nur als

zwangsläufigen Höhepunkt der Herrschaft des Monopolkapitals über die proletarischen Massen sehen, vergessen ebenso wie die, die die Deutschen für zur Demokratie unfähig halten, daß Geschichte immer auch Geschichte der handelnden Personen ist; zumal in Zeiten der Auflösung eines Staates, deren Ablauf in keiner Verfassung vorgeschrieben ist.

Edmond Vermeil behauptete in einem 1955 erschienenen Aufsatz, die Deutschen seien unfähig zur Demokratie und zog eine Linie der Kontinuität von Luther über Friedrich II und Bismarck zu Hitler. Karl Dietrich Bracher schreibt: „Im Gegensatz zu ihrer grundsätzlichen Anerkennung und praktischen Bedeutung im westeuropäisch-amerikanischen Raum haben Begriff und Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland bis zur Gegenwart eine zwiespältige Beurteilung gefunden.“ Der Widerstand gegen die im Namen der französischen Revolution auftretenden Invasionsarmeen Napoleons, die Einigung Deutschlands durch Preußen



Prof. v. Antropoff bei der Flaggenhissung vor der Universität 1933

Foto: AKUT Nr. 181

und die bis ins zwanzigste Jahrhundert reichende absolutistisch obrigkeitsstaatliche Herrschaft verhinderten die Entstehung einer demokratischen Gesinnung in Deutschland.

Hinzu kamen die Startschwächen der Weimarer Republik: Als das alte Regime gegen Ende des Weltkrieges sein Scheitern erkannte, wurden die demokratischen Kräfte plötzlich an der Verantwortung beteiligt. Wurde die neue Demokratie so bereits mit der Niederlage im Krieg in Verbindung gebracht, stellte die Dolchstoßlegende eine umso schwerere Belastung dar.

Um den Bürgerkrieg zu verhindern, gingen die gemäßigten, demokratischen Kräfte eine Verbindung mit eben denjenigen ein, die bereits im Kaiserreich die staatstragenden Kräfte gewesen waren: Reichswehr und Beamtenschaft blieben in ihren Traditionen und Strukturen ungetastet.

Die ideologischen Belastungen der Weimarer Republik hatten zunächst in dem fehlenden demokratischen Bewußtsein bestanden. Bereits in den zwanziger Jahren war zunehmend grundsätzliche Kritik am Parlamentarismus und am Parteienstaat laut geworden. Der noch aus der Kaiserzeit stammenden Vorstellung, Parteien gefährdeten die Einheit des Staates, das Vaterland habe über der Partei zu stehen, verhinderten die Einsicht der allgemeinen Öffentlichkeit in die Notwendigkeit der Ausbalancierung der politischen Interessen durch den parlamentarischen Kompromiß. Dazu trat das Beispiel der parlamentarischen Praxis: von deParteien der extremen Linken und Rechten ohnehin nicht ernst genommen, lieferten die Schwierigkeiten des Reichstags, mehrheitsfähige Entscheidungen zu treffen und Regierungen zu bilden diesen Gruppen zusätzliche Argumente. Die Unfähigkeit parlamentarisch mit der Krise fertig zu werden, führte schließlich dazu, daß die antidemokrati-

schen, republikfeindlichen Kräfte auf der Rechten und Linken im Reichstag eine „destruktive“ Mehrheit bekamen.

Die Schwäche des ohnehin nicht anerkannten, als „westlich“ und „undeutsch“ angesehenen, parlamentarischen Systems, das Bewußtsein einer ungerechten Niederlage im Weltkrieg und die damit verbundenen Revisionsforderungen und nicht zuletzt die Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre stellten einen guten Nährboden für die nationalsozialistischen Ideologien dar. Die Ideen, die die NSDAP vertrat, waren auch ohne sie und vor ihre bereits vorhanden. Nur gelang es dieser Partei, diese Ideen in extremer Weise zusammenzufassen und eine effektive Organisation zur Umsetzung dieser Vorstellungen in politische Praxis zu schaffen. Die Nationalsozialisten nahmen die Kritik am Parteienstaat und am Parlamentarismus auf und formten sie zum Führerprinzip als Organisationsform von Partei und Staat um. Die Revisionsforderungen der Deutschen wandelten sie um in aggressive außenpolitische Vorstellungen. Die Wirtschaftskrise, in der die Republik ihre größte und schließlich tödliche Vertrauenskrise hatte, nutzten die Nationalsozialisten zur effektiven Verbreitung ihrer Ideen aus, um sich eine Massenbasis zu schaffen. Die dabei verwendeten extremen Rassenideologien — die Verteufelung des Judentums einerseits und der germanischen Weltherrschaftsanspruch andererseits — griffen dabei bereits latent vorhandenes Gedankengut auf.

Die Frage, die sich stellt, ist, ob trotz dieser Merkmale der damaligen Zeit sich die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nicht hätte verhindern lassen. Die Verfassung der Weimarer Republik machte auch das, was sich vor nunmehr fünfzig Jahren abspielte möglich. Es hing also vom Willen der

(Fortsetzung auf Seite 19)



Wahltag 31/32
Foto: AKUT Nr. 181



Der Fackelzug der NSDAP-Verbände und des „Stahlhelm“ am Brandenburger Tor.

Wahl des AStA

Zuständig ist das SP laut Studentenschaftssatzung insbesondere für (a) Wahl, Abberufung und Entlastung des AStA-Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, (b) Wahl des Ältestenrates, (c) Verabschiedung eines Haushaltplanes, (d) Erlass, Änderung und Aufhebung von Satzungen, Ordnungen und Statuten, (e) Beitritt zu Dachorganisationen und Zusammenschlüsse mit anderen Studentenschaften und (f) Auflösung des SP.

Die folgenschwerste Entscheidung des SP ist die Wahl eines neuen AStA-Vorsitzenden. Damit wird deutlich, welche politischen Hochschulgruppen über den AStA für ein Jahr der Öffentlichkeit als Vertreter der Bonner Studentenschaft erscheinen. Wer die Amtszeit dieses und des vorigen AStA mit erlebt hat, weiß, daß beträchtliche Unterschiede in einigen Fragen, aber auch in Grundsatzpositionen bestehen. In diesem Jahr stellte den AStA eine Koalition aus Sozialliberalen Hochschulverband (SLH), Liberaler Aktion und RCDS. Wer im nächsten Jahr über den AStA die studentische Politik bestimmt, hängt zu allererst von der Wahlentscheidung aller Studenten ab, in zweiter Linie von dem Willen der Gruppen, durch Kompromisse zu einer Mehrheitsbildung zu kommen. Die Antwort auf die Frage, wer mit wem und wenn nicht, warum? läßt sich am besten in den Publikationen der Gruppen vor der Wahl nachlesen; aber natürlich werden auch die meisten Kandidaten bereit sein, ihre Meinung auf eine direkte Frage hin, kundzutun.

Der Ältestenrat (ÄR), dessen neun Mitglieder mit absoluter Mehrheit im SP gewählt werden müssen, ist das oberste Schiedsorgan der Studentenschaft in Bonn. Er überwacht die Einhaltung der Studentenschaftssatzung und entscheidet bei Wahlankündigungen als Wahlprüfungsausschuß. Er entscheidet auch bei Streitigkeiten zwischen Studenten und Organen der Studentenschaft und Organen untereinander. Die Amtszeit beträgt drei Jahre.

1,2 Mio. sind kein Pappenstiel

Kommen wir zum Haushalt. Bei einer Bilanzsumme von 1 248 600 DM (siehe auch AKUT Nr. 188) wird es dem Studenten nicht gleichgültig sein können, wie dieses Geld verwandt wird. Hier kann sich jeder ins Gedächtnis rufen, daß wir jedes Semester 10,90 DM unseres Sozialbeitrages an den Studentenschaftshaushalt bezahlen. Der „Rest“ von 30 DM geht an das Studentenwerk. Da es nicht die Aufgabe der AKUT ist, einen Rechenschaftsbericht des AStA zu formulieren (dieser Rechenschaftsbericht des AStA ist in dieser AKUT auf 8 Seiten nachzulesen), sollen nur wenige Punkte herausgegriffen werden. Im Haushalt des Kulturreferats fällt auf, daß den veranschlagten 60 000 DM des vorigen AStA definitive Ausgaben von über 200 000 DM gegenüberstehen. Dieses exorbitante Defizit des damaligen Kulturreferenten be-



Redner: Mal so ...

zu können, will die jetzige Referentin durch Beratung und Veranstaltungen zur Lösung der Probleme von Minderheiten und diskriminierten Gruppen beitragen. Ob das nun Selbstverteidigungskurse oder Ausländerfeste sind. Veranstaltungen gab es zum Thema Ausländerfeindlichkeit. Im Januar wird es Podiumsdiskussionen zu folgenden Themen geben: 1. Frauen in die Bundeswehr?, 2. Frage der Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Familien und Asylrechtsverfah-

Satzungsgebung. Hier war wegen der Versäumnisse der letzten Jahre viel nachzuholen. So wurde eine neue Fachschaftswahlordnung (FWO) und eine neue Geschäftsordnung des SP verabschiedet. Noch im Januar wird ein neuer Studentenschaftssatzungsentwurf behandelt werden. Nicht wenig ist in diesem vergangenen Jahr vom Studentenparlament geleistet worden. Zu manchen Zeiten wurden auch für zwei Sitzungen in einer Woche eingeladen. Wenn man bedenkt, daß die Sitzungen immer von 20.30 Uhr bis 1.00 Uhr nachts dauern, wird ermessen können, daß der Zeitaufwand der Parlamentarier nicht gering ist. So können wir zu den Vorwürfen gegen das Studentenparlament, wie sie in der letzten AKUT geäußert wurden, kommen.

Was stimmt an der Kritik am SP?

Das Ärgernis des Zuspätkommens sollte sich sicherlich beseitigen lassen und sei es durch Verlegung der Sitzung von 20.30 auf 21 Uhr. Wer meint, durch das „ständige Hin- und Herlaufen“ werde jede sachliche Diskussion verhindert und der Fortgang der Geschäfte verzögert, muß sich im allgemeinen enttäuscht sehen. Wie in allen Parlamenten ist es auch in der Studentenpolitik so, daß die meiste Arbeit im vorparlamentarischen Bereich stattfindet. So werden anstehende Fragen schon in Ausschüssen, Fraktionssitzungen und persönlichen Gesprächen behandelt. Deswegen ist oft das im SP Vorgebrachte nicht als Diskussionsbeitrag zu werten, sondern als Endergebnis einer solchen.

Das Studentenparlament — jedes Jahr neu

Ein kurzer Jahresrückblick

von Frank Bonaldo

Das Studentenparlament (SP), bestehend aus 51 Mitgliedern der unterschiedlichsten politischen Gruppierungen ist in letzter Zeit, vor allem auch durch einen Artikel in der vorigen AKUT („Neulich im Zirkus“) in den Mittelpunkt der Kritik geraten. Grund genug, die Aufgaben und Arbeitsbereiche des SP der Studentenschaft in Erinnerung zu bringen.

lastet natürlich die Kulturarbeit des jetzigen AStA. Neugeschafft wurde das Referat für Ausländerfragen, gesellschaftliche Integration und Diskriminierungsprobleme (kurz AID-Referat; manchmal auch Antirepressions, Anti-rep-referat genannt). Hinter diesem etwas voluminösen Namen steckt der Zusammenschluß des ehemaligen „autonomen“ Frauenreferats und Ausländerreferates. Während damals eine selbsternannte Basis glaubte, für alle Frauen und Ausländer sprechen

rengesetzgebung. Weiterhin ist jetzt im AID-Referat eine Schwangerschaftsbroschüre zu bekommen, des weiteren ein Stipendienführer für Ausländer.

Falscher Vorwurf gegen AKUT

Im Wahlkampf wird sicherlich auch die AKUT Thema sein. Ein Vorwurf wird lauten, daß für die diesjährige AKUT 19 000 DM mehr veranschlagt worden sind, als für die davor. Hier folgende Richtigstellung: In den Jahren zuvor standen der AKUT etwa 60 000 DM zur Verfügung. Im vorletzten Jahr setzte der sogenannte „linke“ AStA wegen seiner immensen Ausgabenpolitik in anderen Bereichen den AKUT-Etat auf 39 100 DM herab. Natürlich konnten diese Wunschzahlen nicht eingehalten werden. Bei einer Hochrechnung stellt sich heraus, daß für die gleiche Anzahl von Ausgaben wieder rund 60 000 DM ausgeben worden wären. Somit stellt der Etatvoranschlag von 58 100 DM nur eine realistische Schätzung dar.

Zu den unveräußerlichen Rechten des Studentenparlaments gehört auch das der



... mal so

Wichtige Beschlüsse, die im SP verabschiedet wurden sind, wurden in der Vergangenheit immer veröffentlicht. Weitere Informationen lassen sich immer auch auf Flugblättern der einzelnen Gruppen als auch an dieser Stelle finden. Kritik ist sicherlich immer angebracht, doch sollten auch echte Alternativen zu vermeintlichen Mißständen aufgezeigt werden.

Eine dieser Alternativen wäre eine Entscheidung des Wählers, wen er als seinen Vertreter ins Studentenparlament schicken will. Alle Studenten sind bei den SP-Wahlen vom 25.–28. Januar aufgerufen, ihre eigene Entscheidung zu treffen. Packt's an!



(Fortsetzung von Seite 17)

handelnden Personen ab, welcher Weg eingeschlagen wurde. Nachdem sich das Parlament als ohnmächtig erwiesen hatte, hatten auf dem Weg der Präsidentenkabinette Kräfte die Macht, die keineswegs gewillt waren, das parlamentarische System zu erhalten. Sie waren beeinflußt von Kreisen des Militärs und der Beamenschaft, die die Zeit der Republik unverändert überstanden hatten und nun die Zeit gekommen sahen, sie durch ein autoritäres Regime abzulösen. Hinzu kamen Teile der Wirtschaft, denen die egalitären Prinzipien der Republik nicht paßten, weil das allgemeine Wahlrecht keine adäquate Repräsentation der Steuerzahler gewährleistete.

An was für eine Form autoritärer Herrschaft die entscheidenden Herren auch immer gedacht hatten, Hitler und seine Bewegung standen sie zunächst skeptisch gegenüber. Mochten sie die Ideen der Nationalsozialisten auch teilweise ansprechen, deren extreme Ausformung und die Skrupellosigkeit, mit denen sie durchgesetzt werden sollten, mußte die konservativen Kräfte abschrecken. Nur war Hitlers Bewegung zu einem entscheidenden Machtfaktor im Staate geworden, der zudem über die Massenbasis und Organisation verfügte, die den Konservativen fehlte. Mit der Einbindung in die Regierungsverantwortung glaubten sie, den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Auf ihr Betreiben wurde Adolf Hitler, am 30. Januar vor 50 Jahren, zum Reichskanzler ernannt.

Daß dadurch die Nationalsozialisten alles andere als gebändigt waren, zeigt die Tatsache, daß sie mit nur drei Kabinettsmitgliedern die Regierung beherrschten. Mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23.3.33 machten sie einen weiteren entscheidenden Schritt hin zur Diktatur.

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler vor fünfzig Jahren macht deutlich, welchen Gefahren die parlamentarische Demokratie ausgesetzt ist, wenn in Krisensituationen die entscheidenden Kräfte nicht mehr auf die Effektivität der parlamentarischen Arbeit vertrauen und außerhalb des Parlaments Politik zu machen versuchen. Wenn darüber hinaus die Öffentlichkeit in schwierigen Zeiten das Vertrauen in den demokratischen Regelmechanismus von Kompromiß und Mehrheitsfindung verliert, passiert es leicht, daß antideokratische Traditionen von links und rechts die parlamentarische Demokratie in Gefahr bringen.

(Von Klaus Heinrich Dedring.)

SP-Wahlen:

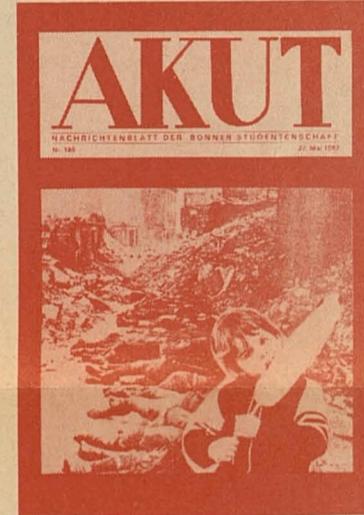
von Jörg Dietzel

AKUT Oder **AKUT**

... auch das ist hier die Frage

Alljährlich — immer vor Wahlen zum Studentenparlament — beteuert die jeweilige AKUT-Redaktion, daß auch ihre Art, AKUT zu machen (jedenfalls deren Grundlagen und journalistischen Prinzipien) zur Wahl steht. So oft hat man das als Bonner Student bereits gehört, daß man es kaum noch wahrnimmt. Dennoch: Die Form der AKUT ist und bleibt mit den Grundpositionen des jeweiligen AStA untrennbar verbunden. Auch AKUT steht zur Wahl.

Ein Jahr lang, im SS 1981 und WS 1981/82, hatten wir Gelegenheit, (fast) monatlich zu erleben, wie sich der „linke“ AStA seine Zeitung vorstellt — AKUT war in dieser Zeit Kampfblatt im Auftrag des amtierenden AStA, ausgezogen, die Probleme der Welt den Bonner Studenten vorzustellen.



Und so beherrschten Themen wie „USA heute“ (Nr. 178), „Mittelamerika brennt“ (Nr. 183), „Startbahn West“ (Nr. 180), „7. MSB-Bundeskongress“ (Nr. 180), „Krieg gegen Angola“ (Nr. 180) und ähnliche das „Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft“. Die Situation der Bonner Studenten, unsere Probleme wurden — wenn überhaupt — nur am Rande erwähnt. Eine Trennung von AKUT und AStA-Meinung existierte nicht — und war wohl auch nicht beabsichtigt.

Als ich dann am 4. Mai vom Studentenparlament zum Chefredakteur der AKUT gewählt

wurde, hatte ich mir viel vorgenommen. Ich wollte alles ändern. „Für eine neue AKUT!“ sprach ich mich im ersten Artikel der neuen Ausgabe aus. Sie sollte Forum sein auch für konkurrierende Meinungen, sollte Information und Meinung trennen, sollte sich auf Bonn und die Universität sowie deren Studenten konzentrieren.

„Die AKUT-Redaktion bedeckt zu halten — gegenüber dem AStA, doch genauso gegenüber der UNI-Verwaltung, den Hochschulgruppen u.a.“ war eines meiner dort formulierten Ziele.

Sicher sind noch nicht alle diese Ziele vollkommen erreicht; noch vieles ist zu verbessern.

Doch glaube ich, daß es uns als AKUT-Redaktion gelungen ist, AKUT zum Forum zu machen, in dem sich auch kritische Beiträge wiederfinden, wie z.B. Artikel der GAG oder Stellungnahmen aller Hochschulgruppen zum Thema BAföG. AKUT war auch mehr als ein Hochschulgruppenblatt: In vielen Leserbriefen und kritischen Beiträgen kamen gerade die einzelnen, unabhängigen Studenten, von denen man sonst so wenig hört, zu Wort. Natürlich führt diese Offenheit auch dazu, daß nach jedem Erscheinen die Flut der Kritik — von „rechts“ wie von „links“ — über uns hereinbrach. Doch die Redaktion hat gelernt, damit zu leben. Auch der AStA war uns ab und zu etwas übelgesonnen. — Auch das haben wir überlebt.

Schwerpunkte

Auch die Themenschwerpunkte haben gewechselt. Stan-

den bei der „linken“ AKUT allgemeinpolitische Themen im Vordergrund, so ging es bei uns in erster Linie um Themen aus dem Bereich der Bonner Uni und um die Uni herum — etwa die Bedrohung der Christlichen Archäologie, Berichte aus dem Studentenparlament, Stellung der Bonner Hochschulgruppen zu BAföG, Radfahren in Bonn, Prüfungsordnungen, Polen-Aktion, Mensa-Essen usw.

Ich meine, daß dies ein Schwerpunkt ist, der in einem „Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft“ immer an erster Stelle stehen müßte.

Als partnerschaftlich empfand ich die Zusammenarbeit im Redaktions-Team. Oft gab es auch hier unterschiedliche Meinungen — aber eigentlich immer kamen wir noch zum Konsens. Ein DANKESCHÖN meinen Mitarbeitern.

Sicher ist auch an der AKUT, wie sie die letzten achtmal erschien, vieles auszusetzen. Doch hier geht es nicht um die individuelle Gestaltung, hier geht es — so blöd sich's anhört — um's Prinzip.

Sollte es also nach den SP-Wahlen eine neue Mehrheit im Studentenparlament geben, die dann einen „linken“ AStA wählt (was immer man sich darunter — bei den unterschiedlichen Vorstellungen etwa von MSB, JUSOs und GAG — vorzustellen hat), wird es vorerst keine solche AKUT mehr geben; AKUT wird von dem dann amtierenden „Redaktionskollektiv“ wieder zu einem Kampfblatt „linker“ (Welt)-Politik gemacht werden. Ich glaube, die Alternativen sind nun jedem klar. Es ist an Euch zu entscheiden, was Ihr lieber wollt.



Bonn
Bornheimer Str. 139
Griechische Spezialitäten **TAVERNE KRETA**
Telefon 65 84 88

**Das Nachrichtenmagazin
der Bonner Studentenschaft**

ANKÜPFUNG und Rektorat



**laden ein zu einer
PODIUMSDISKUSSION
mit Fragen zum Thema:
Studentenvertretung 1983/84**

am 21. 1. 1983 um 20 Uhr im HS X

mit Vertretern von

LIBERALE AKTION

RCDS

SH

JUSO – HSG

FRUST

LUST

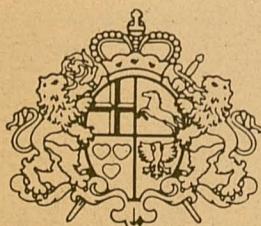
MSB

GAG

Ihv

SHB

MAINZEL-PEACE



Kurfürsten Kölsch
Das Kölsch das fröhlich macht

Kurfürsten-Bräu AG, Bornheimer Straße 42, 5300 Bonn 1

in zahlreichen gepflegten Gaststätten aber auch Studentenkneipen der Stadt.